

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Beleggeld.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die biergesaltene Petizeile oder deren Raum 40 %,
Bergnütigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 %,
Versammlungsanzeigen 10 %. Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen Deutschlands! Haltet den Bezug nach Berlin streng fern!

An die Holzarbeiter Berlins und der Vororte ergeht die dringliche Mahnung, den gemeinsamen Arbeitsnachweis der Tischlerinnung und des Verbandes der Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, strengstens zu meiden.

Erfüllt jeder Kollege seine Pflicht, dann wird die schmachliche Kontrolle zurückgewiesen und der Plan der Unternehmer, den Holzarbeiterverband lahm zu legen, gründlich vereitelt werden. Darum sei jedes Verbandsmitglied auf dem Posten.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Dielefeld (Firma F. Glise), Neumünster i. Holst., Braunschweig (Hof-Zimmermeister C. Gerede), Martinroda (Fahns & Winne), Gührin (Johann Jahn), Weinheim (Reimfugel), Kolberg (Maas), Hocht (Firma Weder & Schäfer), Wappenheim i. B., Ratingen (Schack), München (Wahl & Co., Comptoirmöbelfabrik), Cannstatt, Leipzig (Wagner & Zinkeisen), Ulm (A. Schmid, Möbelfabrik), Detmold;
- Tischlern, Bildhauern, Drechslern, Polirern nach Zeulendorf (Firma Rother & Kunze, Giesler & Wiewulst, Hoflieferant Rob. Paul, Inh. Fritz Paul, Edwin Metz, Franz Konike, Carl Simmerling);
- Tischlern und Lackirern nach Neu-Isenburg;
- Tischlern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Saalfeld (Ab. Schmidt), Delitzsch (Wiegand & Co.), Bage (Kraut), Wehlungen;
- Tischlern und Drechslern nach Spandau (Holzwaarenfabrik Kirchslein);
- Tischlern und Stellmachern nach Naust i. Bb. (Waggonfabrik);
- Mobeltischlern und Drechslern nach Berlin;
- Polirern nach Göttingen (Pianosortefabrik Rilmüller & Sohn);
- Drechslern und Polirern nach Driesen an der Reke (Biegler & Co.);
- Drechslern nach Zeitz (Worms);
- Würfelmachern nach Offenbach a. M., Bouterberg (Kaufmann);
- Parquetbodenlegern nach Stettin und Posen (Firma Paul Staben, Inh. Ramlow);
- Kammmachern nach Berlin (M. Streich, Blumenstr. 70.);
- Kistenmachern nach Chemnitz (D. S. Raden);
- Korbmachern nach Bergedorf (W. Messerschmidt);
- Pianosortearbeitern nach Berlin (Firma Schopf).

Arbeiterbewegung und Sittlichkeit.*

In der „Sozialen Praxis“ erhob vor einiger Zeit (Jahrgang Nr. 4) der bekannte Züricher Ethiker Dr. Förster in einem: „Soziale Demokratie und Ethik“ betitelten Aufsatz einen Warnungsruf.

Er knüpfte an bedauerliche Vorfälle in der Londoner Vorstadt Battersea an. Dort hätte eine hochorganisirte Arbeitererschaft eigentlich Alles erreicht, was zu wünschen wäre: die Lohnverhältnisse seien vorzüglich, in der Stadtverwaltung hätten die Arbeiter die Majorität, und damit sei auch ihr Einfluß auf die soziale Haltung der privaten Unternehmer ein entscheidender geworden. Kurz, die „soziale Frage“ sei für diesen kleinen Ausschnitt der englischen Arbeitererschaft so gut wie gelöst. Zu gleicher Zeit habe sich nun aber gezeigt, daß mit diesem Aufsteigen der Arbeiter in sozial-politischer Hinsicht ihre moralische Hebung durchaus nicht Schritt gehalten hätte; im Gegentheil sei das sittliche Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter auf einen Tiefstand gesunken, der äußerst bedenklich machen müsse gegen die

sittlichen Früchte des siegreich geführten Kampfes. Es herrsche in der städtischen Verwaltung Korruption, die städtischen Arbeiter und Angestellten nützen ihren politischen Einfluß zu persönlicher Bereicherung aus, indem sie aus dem Säckel der Gesamtheit weit höhere Löhne bezögen, als sie von ihren eigenen Gewerkschaften verlangt seien. Mit einem Worte: man betrachte die Kommune als eine Pitrone zum Ausquetschen.

Ähnlich stehe es auch an einigen anderen Orten Englands, so daß solcher Mangel an ethischem Pflichtbewußtsein bei den zur Herrschaft gelangten Arbeitern bereits einer Konferenz von sozialistischen Arbeitervertretern in Glasgow Anlaß gegeben habe, über diese „Schwierigkeiten von Arbeitermajoritäten“ zu verhandeln. Ein Arbeiterführer — derselbe, der gerade in Battersea seine Genossen mit zum Siege geführt hat — habe dieser traurigen Erscheinung gegenüber sein Urtheil dahin zusammengefaßt: „Es ist mir von Tag zu Tag klarer geworden, daß die Arbeiterschaft mit ihrer steigenden Macht so schweren sittlichen Versuchungen ausgesetzt ist und so gewaltigen politischen Aufgaben gegenübertritt, daß sich der bloße Appell an das Klassenbewußtsein oder an den materiellen Nutzen als unzureichend erweist. Was wir brauchen, das ist eine neue geistige Macht, welche die Massen in der Tiefe erregt und Bedürfnisse in ihnen erweckt, die mit der Stillung des Hungers nicht befriedigt sind. We need a fresh motif. (Wir brauchen ein neues Motiv, eine frische innere Triebkraft.“

Welche Schlüsse Dr. Förster daraus zieht, liegt auf der Hand: Wie in der von ihm vertretenen ethischen Bewegung, so muß auch in der Arbeiterbewegung der Sinn für soziale Pflichten geweckt und entwickelt werden. Wenn sich in Deutschland, so wie die Dinge zur Zeit liegen, jene „Schwierigkeiten von Arbeitermajoritäten“ in der Kommunalverwaltung auch noch nicht geltend machen, so muß man doch schon jetzt rechtzeitig dafür sorgen, „daß schon das Aufsteigen des „vierten Standes“ unter dem Zeichen derselben sittlichen Mächte steht, denen man die spätere praktische Entwicklung allein anvertrauen kann“. Es darf nicht nur für die Klasseninteressen, für die Rechte der Arbeiter agitiert werden, sondern es muß in den Arbeiterkreisen zugleich ethische Propaganda getrieben werden. Gefährlich ist das ewige Gerede vom „Klassenkampf“, das sich nur an die niedersten Kampfsinstinkte des Menschen wendet und blind aufhebt gegen die anderen Schichten der Gesellschaft. In einem späteren Artikel in der „Neuen Zeit“ führt Förster diesen Gedanken weiter aus: Das Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiter muß entwickelt, ein wahrhaft sozialer Geist, der sich mit der gesamten Menschheit solidarisch fühlt, muß gepflegt werden; auf die in der Arbeiterschaft lebendigen sittlichen Kräfte muß planmäßig eingewirkt werden. „Wir brauchen einen neuen Kaffalle, der die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ des Arbeiters auch auf dem Gebiete moralischen Menschenthums bekämpft und mit höheren Bedürfnissen auch stärkere Antriebe zur Befreiung weckt.“

Der lezt erwähnte Artikel Förster's („Neue Zeit“ 1901 Nr. 14) war schon eine Antwort auf einen in der gleichen Zeitschrift (Nr. 8) erschienenen Artikel Kautsky's, in welchem dieser dem erstgenannten Aufsatz Förster's entgegentrat, nachdem auch schon das „Correspondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ an den Förster'schen Aufstellungen Kritik geübt hatte.

Kautsky sucht in diesem Aufsatz die Behauptungen und Folgerungen Förster's durch zwei Erwägungen zu widerlegen:

Erstens: Selbst wenn die Verhältnisse in einzelnen Orten Englands so schlimm sind, wie Förster sie ansieht, so ist es doch unrichtig, zu behaupten, daß eine einseitige Betonung des Klassenkampfes daran schuld sei. Denn thatsächlich verhalten sich gerade die meisten englischen Arbeiter durchaus ablehnend gegen die Theorie des Klassenkampfes. Sie fühlen sich garnicht als Klasse solidarisch, sondern haben sich ganz die liberale Theorie zu eigen gemacht, daß der Gegensatz zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten kein anderer sei als jener, der zwischen jedem Verkäufer und Käufer einer Waare besteht. So schließen sich wohl die Arbeiter der einzelnen Gewerbe zusammen, um einen möglichst hohen Preis von den Käufern ihrer Arbeitskraft zu erzwingen, aber — sich als Lohnarbeiter mit den übrigen Proletariern solidarisch zu fühlen, liegt ihnen fern. Ist es da verwunderlich, wenn Leute, deren Gedanken ganz aufgehen in dem Streben nach Augenblickserfolgen für sich selbst, auch ihren Stimmzettel als eine werthvolle Waare betrachten, die sie an Den verkaufen, der gerade ihnen am nützlichsten zu werden verspricht? Oder wenn sie, zur Macht gelangt — anfangen, auszubeuten, wie sie zuvor ausgebeutet wurden?

Zweitens aber — führt Kautsky weiter aus — ist gerade die Betonung des Klassenkampfes eines der wichtigsten ethischen Erziehungsmittel. Klassenbewußtsein verbreiten, heißt nichts Anderes, als das Bewußtsein der Pflichten verbreiten, die der Einzelne gegen die Gesamtheit seiner Klasse hat. Klassenkampf und Klassenbewußtsein sind ethische Faktoren ersten Ranges, weil sie die vollste Hingabe des Einzelnen an die Sache der Gesamtheit seiner Klasse fordern und ein ungemein starkes Pflichtbewußtsein ihr gegenüber entwickeln. Da nun aber das Proletariat als unterste Schicht der Gesellschaft sich nicht befreien kann, ohne zugleich aller Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende zu machen —, da ferner der Kampf der Klassenbewußten Arbeiterschaft um Aufhebung der bestehenden Produktionsordnung durch ein hohes soziales Ideal geleitet wird, dem sich der Einzelne unterordnet, so erwächst aus dem Klassenkampf des Proletariats von selbst die höchste ethische Kraft, eine Kraft moralischer Wiedergeburt. Das zeigen die sozialistischen Konjunkturvereine Belgiens, die ihre Dividenden zum großen Theil in den Dienst der Allgemeinheit stellen; das zeigen die Gewerkschaften, die nicht bloß für die Interessen ihrer Organisation kämpfen, sondern zugleich auch mit für die Nichtorganisirten. Die Erringung von Einzelvortheilen ist der sozialistisch denkenden Arbeiterbewegung nur Mittel zum Zweck, und dieser Zweck ist die Verwirklichung des sozialen, alle Kreise des Volkes umfassenden Ideals. Predigen nützt nichts. Auch Moralpredigen hat keinen Sinn. Nur aus dem Gesamtprozeß des gesellschaftlichen Lebens entspringen die sittlichen Kräfte.

Eine mittlere Stellung zwischen diesen beiden Gegnern nimmt das Buch von Dr. Carring: „Das Gewissen im Lichte der Geschichte sozialistischer und christlicher Weltanschauung“ ein, das ungefähr zu gleicher Zeit erschien, also jedenfalls unabhängig von dem zwischen Förster und Kautsky entsponnenen Streit entstanden ist (Berlin 1901; Akademischer Verlag für soziale Wissenschaft; M 2).

Carring steht darin mit Kautsky zusammen gegen Förster, daß er den Klassenkampf als etwas Nothwendiges

* Die obige Arbeit aus der Feder eines unserer Mitarbeiter befindet sich schon länger in unseren Händen, mußte aber wegen des chronischen Raummangels bis jetzt zurückgestellt werden. Immerhin hielten wir eine Veröffentlichung für geboten, von der Meinung ausgehend, daß die in vorstehendem Artikel behandelte Frage für unsere Kollegen immerhin von einigem Interesse ist. Wir brauchen den regelmäßigen Lesern der „Holzarbeiterzeitung“ gegenüber wohl nicht zu betonen, daß wir in dieser Frage mit dem Artikelschreiber nicht übereinstimmen, sondern die Ansichten Kautsky's theilen. Die Redaktion.

betrachtet und das Klassenbewußtsein auch als eine Quelle sittlicher Kraft begrüßt. Was Rautsky kurz andeutet, führt er weiter aus: wie nämlich das sozialistische Bewußtsein des Wirtschaftslebens die Menschen einander näher bringt, wie im Kampfe sich sittliche Kräfte entfalten können, wie die gesammte sozialistische Weltanschauung der Entwicklung des Bewußtseins und persönlicher Sittlichkeit günstig und förderlich ist.

Aber dann entfernt er sich von den Anschauungen Rautsky's. Er behauptet, und weist es an der Geschichte des Bewußtseins nach, daß zu keiner Zeit sittliche Charakterkraft „von selbst“ gekommen sei oder einfach aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse entspringe. Dazu, daß der Mensch wirklich zu einem sittlich denkenden, empfindenden und selbstständig handelnden Wesen werde, bedürfe es vielmehr in jedem einzelnen Falle einer persönlichen Entscheidung, eigenen energischen Willens, persönlicher Anstrengung. Von dem Gemeinfinn, der z. B. durch gewerkschaftliche Kämpfe allerdings geweckt werde, zur bewußten Sittlichkeit, zu unbedingt zuverlässiger Gewissenhaftigkeit, sei denn doch ein großer Schritt.

Damit nähert Carring sich Förster. Und ganz stimmt er mit ihm darin überein, daß die ethische Seite der Bewegung stärkere Berücksichtigung verdiene, als es bis jetzt durchschnittlich der Fall sei. Nicht als ob nun der Klassenkampf auf ein anderes Fundament gestellt werden solle — etwa auf ethische Begriffe und moralische Forderungen —, aber daß es für die Führung des Kampfes von größter Bedeutung ist, wenn die Organisationen über eine große Reihe bewußt sittlich denkender, unbedingt zuverlässiger Mitglieder verfügen, liegt auf der Hand. Und im Blick auf Das, was noch werden soll — „Eine große Zukunft liegt vor uns,“ sagt Carring, „vielleicht nie ist eine Volksklasse zu größeren Aufgaben berufen, wie das derzeitige Proletariat. Das muß uns veranlassen, die sittlichen Kräfte, deren die Zukunft bedarf, in uns zur Entwicklung zu bringen.“

Allerdings, vom Moralpredigen hält offenbar auch Carring nicht viel. Der Weg, den er einschlägt, ist nicht der, daß er auf den Leser einredet, er müsse ganz anders, viel besser werden. Der Weg, den er führt, ist ein anderer: der Weg der Selbstbestimmung, der Aufklärung über die im Menschen vorhandenen und wirksamen sittlichen Anlagen und Kräfte und Bedürfnisse. Und von solcher Bestimmung auf sich selbst, solcher näheren Bekanntschaft mit sich selbst, erwartet er dann ein gesteigertes sittliches Interesse. Dieses aber wird dann „nicht abziehen von dem großen Kampf unserer Tage, sondern ihm nur frischere und treuere und energischere Kämpfer und Arbeiter zuführen“ — „Unser Sozialismus ist lendenlos, wenn er nur mit Massen rechnet. Er gewinnt erst Schwung, wenn wir die Millionen Mitmenschen nicht als „Massen“ betrachten, sondern als eine unabhäufbare Menge einzelner, unendlich wertvoller Wesen, von denen jedes eine Welt in sich birgt, von denen ein jedes bestimmt und befähigt ist, ein reiches persönliches Leben zu führen.“

In diesen Gedanken, die natürlich hier nur kurz skizziert werden konnten, bewegt sich Carring, und Jeder, der die Bedeutung der ethischen Seite der Gewerkschaftsbewegung und des Klassenkampfes zu würdigen weiß, wird sich freuen, hier ein Buch zu finden, das in dieser Hinsicht viel Interessantes und Ertragswertiges bietet. Es ist anziehend und allgemein verständlich geschrieben, so daß es zur Verbreitung in Arbeiterkreisen sehr geeignet ist. Dem Verfasser selbst war „für die Darstellung der Wunsch maßgebend, für denkende Arbeiter zu schreiben“.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)

Es folgte Beratung des Punktes: „Agitation unter den Arbeiterinnen“. Das Referat hatte Frau M. Liez-Berlin übernommen. Die Grundzüge desselben sind in folgender Resolution niedergelegt:

„Es ist im Interesse der organisierten Arbeiter dringend geboten, daß sie in allen jenen Industrien, welche weibliche Arbeiter beschäftigen, eine kräftige und planmäßige Agitation zur Aufklärung und Heranziehung der Kolleginnen entfalten.“

Die weitgehenden technischen Fortschritte sowohl wie die Arbeit, welche die Hausindustrie begünstigt, ermöglichen die Einstellung ungelehrter Kräfte, welche, so lange sie nicht für die Organisation gewonnen sind, gefährliche Konkurrenzmannen bleiben. Mit ihrer Hilfe gelingt es den Unternehmern, immer weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, welche die gesammte Arbeiterklasse auf's Entschiedenste schädigen.

Um die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen, empfiehlt es sich, außer den allgemeinen Agitationsveranstaltungen regelmäßige Schulungsanstalten abzuhalten, in welchen die Arbeiterinnen, insbesondere über Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeklärt und ihnen Gelegenheit gegeben wird, die Bestimmungen der Gewerbeordnung wie Weiterer die Arbeitsverhältnisse kennen zu lernen.

Um aber die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig in die Wege zu leiten, wäre den in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, einen Beamten speziell nur mit dem Zweck, die Arbeiterinnen zu beiraten.“

Nach längerer Diskussion, an der sich u. A. Frau Thiede und Frau Jäger-Berlin, Frau Jäger-Hamburg, Frau Kähler-Preußen, Frau Förster und Kähler beteiligten, wurde diese Resolution sowie eine Resolution Rubelg, die der Generalkommission die Verpflichtung auferlegt, die Frauen-

agitation energischer zu betreiben und für schwache Verbände die Kosten dieser Agitation zu zahlen, ferner ein Antrag Müller, der den Gewerkschaftsorganisationen empfiehlt, behufs besserer Heranziehung der Arbeiterinnen an dieselben solche Unternehmungen einzuführen, welche den Verhältnissen der Arbeiterinnen entsprechen, wie Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung u., mit großer Mehrheit angenommen.

Am dritten Verhandlungstage (Mittwoch) wurden zunächst die Punkte: „Allgemeine Agitation und Korrespondenzblatt“ behandelt. Dazu lagen Anträge vor, die Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands, die Bildung von Provinzialagitationskommissionen, die Veröffentlichung aller die Gewerkschaften berührenden Gerichtsurteile im „Correspondenzblatt“, ein wöchentliches Erscheinen des polnischen Gewerkschaftsblattes „Oswiata“ und „zur Förderung der Agitation am Niederrhein“ von der Generalkommission dort die Errichtung und Erhaltung einer Agitationskommission verlangten. Ein weiterer Antrag verlangt freie Lieferung des „Correspondenzblattes“ an die Gewerkschaftsstellen.

Die Debatte führte zur Ueberweisung des Antrages auf Errichtung von Unterrichtskursen an die Generalkommission. Weiter wurde beschlossen: Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinschaftliches Arbeiten der Organisationsleute an den größeren Orten durch Zusammenkünfte nach Bedarf.

Der Antrag Mohrlad, im „Correspondenzblatt“ regelmäßig eine tabellarische Streikübersicht zu veröffentlichen, wurde der Generalkommission zur Erörterung überwiesen. Der Antrag auf Zusammenstellung der wichtigsten Gerichtsurteile im „Correspondenzblatt“ wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, die „Oswiata“ wöchentlich erscheinen zu lassen. Der Beschluß des Frankfurter Kongresses, betreffend die Herausgabe eines Jahrbuches der Gewerkschaften wurde aufrecht erhalten.

Der Antrag auf Errichtung einer Agitationskommission am Niederrhein wurde der Generalkommission zur Erörterung überwiesen.

Zum Punkt „Streikstatistik“ wies Bömelburg auf die Mängel der vom Reich aufgenommenen Streikstatistik hin. Die Generalkommission sollte sich die Aufgabe stellen diese Mängel nachzuweisen. Es sind zahlreiche Streiks überhaupt nicht in der Reichstatistik aufgenommen. Das Statistische Amt sollte nicht nur die Polizeibehörden, sondern auch die Vorstände der Gewerkschaften befragen. Dann würde eine vollständige Streikstatistik zu Stande kommen und unsere Aufnahmen wären überflüssig.

Unbreit-Hamburg erklärte Namens der Generalkommission, daß von ihr bereits die Ausführung der von Bömelburg gegebenen Anregung beabsichtigt sei.

Zu den Punkten: Reichsarbeitersekretariat; Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate; Wahl und Organisationen der Vertreter in der Sozialgesetzgebung, waren drei Referenten bestellt. Zum ersten Teil referierte Rörsten-Berlin, der in eindringlicher Weise die Einseitigkeit der Berufsvertretungen durch die Berufsvereinigungen schilderte. Es war dem Redner leicht, die Notwendigkeit des Reichsarbeitersekretariats nachzuweisen. Zum zweiten Teil referierte Arbeitersekretär Mattutat-Schüttgart. Redner behandelte die rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate, und besprach die bekannten Urteile, wonach die Arbeitersekretäre gewerblich fremde Rechtsgeschäfte erledigen und somit die Sekretariate zu den steuerpflichtigen Betrieben gehören. Redner warnte auch davor, die agitatorische Wirkung der Arbeitersekretariate zu überschätzen. Ueber den letzten Teil dieses Tagesordnungspunktes sprach Simanowski-Berlin. Die Grundzüge des Referats sind festgelegt in einem Statut einer Organisation der Arbeitervertreter, das aber abgelehnt wurde.

Von der Generalkommission war zum ersten dieser drei Punkte folgender Antrag vorgelegt worden:

„Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichsarbeitersekretariat zu errichten, welches die Kurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Berufsvereinigungsamt abhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Kurse in der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt zu sorgen hat.“

Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission.

Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichsarbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von M 15 000 pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 3 pro Mitglied und Quartal erhöht.“

Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte, die noch am Donnerstag fortgesetzt wurde, und in der sich u. A. Kollege Ahrens-Berlin in zustimmendem, Kollege Rörste in mehr ablehnendem Sinne äußerten, in namentlicher Abstimmung mit 119 gegen 31 Stimmen angenommen. Dagegen hatten gestimmt: die Buchdrucker und die Tabakarbeiter geschlossen, ein Teil der Holzarbeiter, Schuhmacher und Schneider und einzelne Vertreter kleinerer Organisationen, wie der Werftarbeiter und Zigarrensortierer.

In Konsequenz dieser Abstimmung wurde weiter in namentlicher Abstimmung mit 105 gegen 47 Stimmen beschlossen, den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Vorher war einer Resolution Mattutat zugestimmt worden, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Gewerkschaftskongress erkennt die Tätigkeit der Arbeitersekretariate als eine im allgemeinen Interesse notwendige an. Um so mehr bedauert er die von einzelnen Behörden dieser Institutionen gegenüber eingetragene feindselige Haltung und die Verhinderung, sie als gewerkschaftliche Aufnahmestellen auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung unter Polizeiaufsicht zu stellen. Der Kongress protestiert gegen diese Maßnahmen und erwartet von der Reichsregierung, daß sie durch eine den Erklärungen ihres Vertreters im

Reichstage entsprechende Information der Behörden weitere Belästigungen der Arbeitersekretariate verhindert.“

Der Kongress empfiehlt den organisierten Arbeitern, ihre Sekretariate in ausgiebiger Weise zu unterstützen und dadurch deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen, warnt aber wiederholt und eindringlich davor, an die Gründung von neuen Arbeitersekretariaten heranzutreten, so lange nicht dafür die erforderliche finanzielle Grundlage vorhanden ist.

Der Kongress legt den Arbeitersekretariaten nahe, ihre Geschäftsführung und Berichterstattung in Anlehnung an das von der Generalkommission aufgestellte Schema möglichst einheitlich zu gestalten, um so eine leichtere und bessere Verwertung der gewonnenen Erfahrungen zu ermöglichen.

Die Frage, ob die Auskunftserteilung unentgeltlich oder gegen eine Gebühr respektive nur an Organisierte zu erfolgen hat, bleibt den Sekretariaten beziehungsweise ihren zuständigen Organisationen zur eigenen Entscheidung überlassen; jedoch erscheint es nicht zweckmäßig, und mit dem Charakter eines Arbeitersekretariats unvereinbar, die Sekretariate statt des Gehaltes auf die für die Auskunftserteilung zu erhebenden Gebühren anzuweisen.

Die Gründung eines eigenen Fachorgans für die Arbeitersekretäre ist nicht als notwendig zu erachten, sondern es steht ihnen für ihre Publikationen das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission zur Verfügung.“

Schließlich wurde ein Antrag, in Saarbrücken ein Arbeitersekretariat auf Kosten der Generalkommission zu errichten, der Generalkommission zur Erörterung überwiesen.

Auf Antrag Maffini soll das neu beschlossene Institut nicht „Reichs-Arbeitersekretariat“, sondern „Central-Arbeitersekretariat“ heißen.

In der Donnerstagssitzung referierte noch Paepelow-Hamburg zu dem Punkt: „Das Submissionswesen und die Streiklausel“. Seine vorzüglichen Ausführungen gipfelten in einer Resolution, deren Hauptpunkte folgende sind:

„Unbeschadet der grundsätzlichen Forderung: Beseitigung des Submissionswesens und Ausführung der öffentlichen Arbeiten in Regie der staatlichen und kommunalen Körperschaften, erklärt der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sich verpflichtet, von den Behörden die strikte Ablehnung der Streiklausel zu verlangen.“

Dagegen verweist der Gewerkschaftskongress auf die sogenannte Lohnlausel, mittelst welcher schwer empfundene Mißstände, die sich aus dem Submissionsverfahren ergeben, zu beseitigen sind. Die Arbeits- und Lieferungsverträge sollen Klauseln enthalten, durch welche die Unternehmer von Arbeiten und Lieferungen verpflichtet werden, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten, oder wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, mit gutem Beispiel voranzugehen, und ihren Arbeits- und Lieferungsverträgen eine diesbezügliche Klausel einzufügen und die Einhaltung derselben zu überwachen.“

In der recht anregenden Debatte wies u. A. unser Kollege Rörste auf die schweren Schädigungen des Normalarbeiters und der Familienmitglieder durch das Submissionswesen und die Gefängnisarbeit hin.

Die Resolution Paepelow wurde einstimmig angenommen, außerdem der folgende Antrag der Buchdrucker (Zahlstelle Hamburg): „Der Gewerkschaftskongress ertheilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gefordert wird, insbesondere die Zucht- und Arbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.“

Am fünften Verhandlungstage trat der Kongress in den vierten Punkt der Tagesordnung: „Die Hausindustrie“, ein. Nach einem Referat von Rämings-Stuttgart nahm der Kongress einstimmig eine Resolution an, welche besagt, daß ein Verbot der Hausindustrie infolge ihrer in jeder Beziehung schädlichen Wirkung zu fordern ist und durch die mit E. die Generalkommission aufgefordert wird, während der nächsten Reichstagsession einen allgemeinen Heimarbeiterskongress nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelnen Parteien des Reichstages dazu einzuladen.

Ueber einen der wichtigsten Punkte, über „Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung“ referierte v. Elm. Sein Referat war von dem Gedanken getragen, daß die Arbeitslosenunterstützung ein Mittel sei, um eine Stärkung der Gewerkschaften herbeizuführen, die sie besser als bisher befähigten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Mit allen gegen acht Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„1. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist; die Arbeitslosenunterstützung darf nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Kürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen.“

2. Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung fordert der Kongress das uneingeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts in Gewerbe, Hausindustrie, Schifffahrt, Landwirtschaft, Staatsbetrieben und in häuslichen Diensten, die Anerkennung der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Gewerbes vereinbarten Tarife, die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die beruflichen Organisationen, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosenzählungen und die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung durch Organisation von Arbeitsbörsen, zu deren Erhaltung und Unterhaltung die Einzelstaaten und die Gemeinden zu verpflichten sind.“

3. Der Kongress verwirft jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosenunterstützung am Orte oder auf der Reise zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände.“

4. Die Deckung der Kosten des Reichsarbeitslosenversicherungszususses geschieht zur Hälfte aus Reichsmitteln, die andere Hälfte der Kosten ist durch die Berufsgenossenschaften zu decken. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe hat das Reichsversicherungsamt die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben sind.

Tischenbörfers beantragt, an Stelle der Nummern 3 und 4 dieser Resolution Folgendes zu setzen:

3. Im Interesse einer baldigen Einführung der Arbeitslosenversicherung empfiehlt der Gewerkschaftskongress die Zusammenwirkung der Krankenkassen, Ortsbehörden und Gewerkschaften, und zwar dergestalt, daß 1. durch Beitragszuschläge der Krankenkassen die notwendigen Einnahmen erzielt werden, 2. durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Ortsbehörden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Arbeitslosenfonds verwaltet wird und 3. die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen in den Geschäftsstellen der Gewerkschaften erfolgt.

4. Der Gewerkschaftskongress behält sich weitergehende Vorschläge für die Zukunft vor, ersucht jedoch die Arbeiterklasse Deutschlands und deren Vertretung in den Gemeinden und den Parlamenten, fortgesetzt dahin zu wirken, daß für derartige Unterstützungszwecke aus öffentlichen Kassen erhebliche Zuschüsse geleistet werden und eine Zentralisation der Arbeitslosenversicherung auf dem Boden weitgehendster Selbstverwaltung der Arbeiterklasse in die Wege geleitet wird.

5. Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbedingung eines solchen Reichszususses die Einführung respektive den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staatsubvention zu schaffen.

Frl. Imle = Berlin befürwortete einen Antrag, in der Resolution im zweiten Absatz hinter die Worte: „in häuslichen Diensten“ die Worte einzuschalten: „die Anerkennung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gewerbes vereinbarten Tarife“ und am Schluß hinzuzufügen: „Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbedingung eines solchen Reichszususses die Einführung respektive den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staatsubvention zu schaffen.“

In der folgenden, sehr eingehenden Diskussion erklärte u. A. Reichel = Stuttgart, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, der Vorschlag Tischenbörfers sei für ihn unannehmbar, da er den Gewerkschaften kein Verwaltungsrecht einräume, sondern sie zu bloßen Auszahlungsstellen der Gelder degradiere, aber auch der Vorschlag v. Elm's gebe keinen praktischen Weg an. Gehe die Regierung an die Ausarbeitung eines Gesetzes, so werde sie hoffentlich die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehen.

Robert Schmidt = Berlin macht folgende Ausführungen: Ich finde nichts Ueberschwängliches in den Forderungen der Resolution Elm. Um dies Gefühl zu haben, muß man sehr bescheiden sein in sozialpolitischen Dingen. Freilich, in der nächsten Zukunft werden sich die Elm'schen Forderungen nicht erfüllen lassen. Das Gleiche ist aber bei Tischenbörfers Resolution der Fall. (Sehr richtig.) Auf den Grundgedanken aber können wir uns einigen, daß die Gewerkschaften der wesentlichste Träger der Arbeitslosenversicherung sein, daß Reich und Unternehmer zu den Kosten herangezogen werden müssen.

Und unser Kollege Leipart erklärte, er habe das Gefühl, daß wir etwas verfrüht an die Arbeitslosenversicherung herangegangen seien. Würde die Resolution v. Elm angenommen, so würde das für die Gewerkschaften ein Grund sein, die Arbeitslosenversicherungsfrage bei Seite liegen zu lassen. Das sei für ihn die gefährliche Seite der Sache. Die Gewerkschaften müßten vorerst alle die Arbeitslosenversicherung einführen und ausbauen. Das müsse ausdrücklich ausgesprochen werden. Deshalb müsse der Antrag Imle angenommen werden, am besten werde die Aufforderung an die Gewerkschaften selbst, Arbeitslosenversicherung einzuführen, der Resolution vorangestellt werden. Er halte im Uebrigen die Resolution Tischenbörfers für praktischer als diejenige von Elm. Er sei mehr für Angliederung an die Krankenkassen als an die Berufsgenossenschaften. Die Durchführung des Vorschlages Tischenbörfers halte er für leichter. Er sei also für Annahme der Resolution Tischenbörfers, wenn heute überhaupt schon ein Beschluß gefaßt werden soll.

Die Resolution v. Elm wurde mit den Abänderungsanträgen des Frl. Imle gegen acht Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlaufe seiner Verhandlung forderte der Gewerkschaftskongress unbedingte Koalitions- und politische Betätigungsfreiheit für die Eisenbahner, des Ferneren Regelung der Rechtsverhältnisse der Straßenbahnangestellten und der Gärtner, d. h. Unterstellung derselben unter die Reichs-Gewerbeordnung.

Gegen die von den Gerichten seit einiger Zeit beliebte Auslegung des „Erpressungsparagraphen“ protestierte der Kongress durch einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen die von richterlicher Seite ergangene Auslegung, die Ausübung des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter als Erpressung zu bezeichnen. Der Kongress erblickt in dieser Auslegung nicht nur eine der schwersten Schädigungen der Arbeiterinteressen, sondern er ist auch der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches ausdrücklich in dem § 152 der Gewerbeordnung den deutschen Arbeitern gewährt wird, durch diese richterliche Entscheidung gänzlich vernichtet wird.“

Durch ein derartiges, nach unserer Ueberzeugung ganz ungerechtfertigtes Urtheil wird die deutsche Arbeiterklasse der Unternehmervillwäre vollständig preisgegeben und die Vertreter der deutschen Arbeiter haben daher alle Ursache, gegen richterliche Entscheidungen ihre Stimme zu erheben, die die Arbeiter nicht allein in der Verbesserung ihrer Lebenslage schwer schädigen, sondern auch ihre gesetzlichen Freiheiten vollständig unterbinden.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress muß aber um so mehr gegen diese richterliche Entscheidung Wahrung einlegen, als dem Unternehmertum gegenüber eine solche Praxis nicht beliebt wurde. So ist die Prüfung

in Unternehmerlaffen, Führung schwarzer Listen usw. noch niemals als Erpressung geahndet worden.

Was aber um so schärfer den Protest des Gewerkschaftskongresses gegen diese richterliche Entscheidung herausfordern muß, ist, daß die preussischen Minister der Justiz und des Innern die Staatsanwälte angewiesen haben, in dieser Richtung zu wirken. Diese Stellungnahme der beiden Minister ist einer vollständigen Knebelung der deutschen Arbeiterklasse gleich zu erachten.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress erwartet daher von der deutschen Reichsregierung auf das Bestimmteste, daß sie diese Urtheile gegenüber eine den Absichten des Gesetzgebers entsprechende Auslegung des Gesetzes bewirkt.

Ohne weitere Begründung und ohne Diskussion wurde hierauf die folgende Protestresolution gegen den Sozialtarif angenommen:

„Die Belastung der nothwendigsten Lebensmittel mit Zöllen bildet das ungerechteste System der Besteuerung, weil es die Arbeiter ungleich härter trifft als die übrigen Volksschichten. Die Lebensmittelzölle sind deshalb grundsätzlich zu beseitigen. Noch verwerflicher ist das Begehren nach erhöhten Zöllen, um so mehr, als die Arbeiterklasse mit der ganzen Wucht der Kapitalübermacht und der staatlichen Autorität behindert wird, ihr Arbeitseinkommen veranlassen zu erhöhen, daß es ausreicht zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird im Gegentheil so schlecht entlohnt, daß die geringste Vertheuerung der Lebensmittel für sie gleichbedeutend ist mit einer Einschränkung des Konsums und darnach auch mit einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung.“

Der vierte Gewerkschaftskongress, als Vertreter von annähernd 700 000 deutschen Arbeitern, protestirt daher mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante und von den Agrariern noch überforderte Vertheuerung des Brotes, sowie überhaupt gegen jeden Zoll auf Lebensmittel.

Der Kongress protestirt zugleich auch als die Vertretung der Arbeiterklasse Deutschlands als Produzenten gegen die gesammte Zolltarifvorlage, da infolge der Beumuhigung des gesammten Wirtschaftslebens, welche dieselbe im Gefolge gehabt, und durch die Erschwerung des Abchlusses von Handelsverträgen bei Annahme des Zolltarifes die Arbeiter auch als Produzenten am meisten geschädigt werden.“

Eine längere Debatte fand noch wegen Regelung der Grenzreitigkeiten zwischen den konkurrierenden Gewerkschaften statt, doch wurde die in dieser Frage vor drei Jahren vom Frankfurter Gewerkschaftskongress beschlossene Resolution Wuffe aufrecht erhalten.

Die zwischen der „Holzarbeiter-Zeitung“ und dem Glasarbeiterverband bestehenden Differenzen wurden durch eine Aussprache zwischen unserem Kollegen Köstke und Ströbig für erledigt erklärt.

Am letzten Verhandlungstage wurde über das Regula-tiv der Generalkommission in seiner jetzigen Fassung mit nur unwesentlichen Abänderungen gutgeheißen. Die Uebersiedelung der Generalkommission, in die Savath, Legien, Silberjahn, Robert Schmidt, Knoll, Döblin, Cohen, Kube und Saffenbach gewählt wurden, nach Berlin soll am 1. Jan. 1903 erfolgen; bis dahin sollen die Geschäfte derselben von der bis dahin bestehenden Kommission weitergeführt werden.

Bezüglich der Errichtung einer Pensionskasse für Gewerkschaftsbeamte, wozu Paeplo das Referat hatte, wurde beschlossen:

„Der Kongress erkennt die Nothwendigkeit der Unterstützungskasse an, er beauftragt die Generalkommission, mit dem Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ zwecks Angliederung der geplanten Einrichtung an seine Unterstützungskasse in Verbindung zu treten. Wenn die Verschmelzung beider Kassen nicht einstimmig beschlossen wird, dann soll die Generalkommission selbstständig vorgehen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Angestellten zu versichern.“

Die bezüglich der Maifeier gestellten Anträge wurden als erledigt betrachtet, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß keine Veranlassung zu Veränderungen hinsichtlich der Maifeier vorliege.

Zu den Gehaltsverhältnissen der Gewerkschaftsbeamten empfahl Namens der Generalkommission Legien = Hamburg dem Kongress folgende Anregung: „Der Gewerkschaftskongress empfiehlt den Gewerkschaften, als Norm für die Entschädigung der Gewerkschaftsbeamten und Redakteure festzusetzen: „Das Anfangsgehalt beträgt M 2000 pro Jahr und steigt in den ersten fünf Jahren um M 100 jährlich, in den folgenden Jahren um M 50 jährlich bis zum Höchstbetrage von M 3000.“

Die Tagesordnung des Kongresses, dessen Verhandlungen wir nur im Auszug veröffentlichen konnten, war damit erledigt. Bömelburg schloß den Kongress mit einer Rede, in der er sagte: Der Verlauf des Kongresses habe gezeigt, daß die Spaltung der Gegner auf eine Spaltung der Arbeiterbewegung vergeblich war. Darin liege die hohe Bedeutung dieses Kongresses, daß er klar und unzweideutig gezeigt habe: die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie gehören zusammen. Wenn die Regierungsvertreter sich veranlaßt sahen, diesem Kongress beizuwohnen, so sei das ein Beweis für die Stärke der Gewerkschaftsbewegung, die man auch in behördlichen Kreisen beachten müsse. Der Kongress habe gegen den Zollwucher protestirt, die eigentliche Wucherrechnung mit den Brotwuchern komme aber erst bei den nächsten Reichstagswahlen.

Stürmischer Beifall folgte den Schlußworten. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Preßstimmen zum Stuttgarter Gewerkschaftskongress.

Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress, der in der dritten Juniwoche in Stuttgart stattfand, hat in der gesammten Arbeiterpresse eine fast ausnahmslos günstige Beurtheilung und Kommentirung gefunden. Allen voran ist es der „Vorwärts“, der sich in einem Leitartikel mit den Ergebnissen des Gewerkschaftskongresses beschäftigt und dessen Urtheil von warmer Anerkennung seiner Thätigkeit voll ist. Es heißt da:

„Trotz der Wirtschaftskrise, unter der die deutsche Arbeiterklasse heute schwer leidet, bedeutet die eben abgeschlossene Tagung der Vertreter der deutschen Gewerkschaften den Höhepunkt der nun bald 34 Jahre alten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Nach so manchen Rückschlägen, die wirtschaftliche, politische, polizeiliche und organisatorische Gründe veranlaßt haben, ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung nun seit einer Reihe von Jahren in ständiger Formative begriffen, selbst die gegenwärtige Krise konnte ihrem sich immer mehr festigenden Gefüge wenig anhaben. Der vierte deutsche Gewerkschaftskongress war für den Beobachter erhellend, weil er den Beweis eines hohen geistigen Niveaus der deutschen Gewerkschaftsbewegung darbot. Ruhig und sachlich wurde diskutiert, die tatsächlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Entwicklung stets im Auge behalten. Fast kein Beschluß wurde gefaßt, dessen Realisierbarkeit nicht vorher nichtern und kühl erwogen und geprüft wurde. Das Erstrebenswerthe und das im Augenblicke Erreichbare wurden beiderseitig gegeneinander gestellt und boneinander abgewogen. Aber dabei wurde doch niemals der Zusammenhang aller Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung aus dem Auge verloren. Mögen die siebenmal weifen Rathgeber der Arbeiterklasse aus anderen Lagern die Arbeiter auf die Verfolgung rein gewerkschaftlicher Aufgaben beschränken wollen, so haben die Verhandlungen in Stuttgart so klar, wie man es nur irgend wünschen kann, bewiesen, daß diese Hoffnungen zu begraben sind. Gerade diejenigen, die innerhalb der Gewerkschaftswelt diesen Gedanken der Verleugung und Somnambulismus nachjagen, sind klar belehrt worden, daß sie keinen Boden für ihre Propaganda haben.“

Mit der Größe der Bewegung steigt von Jahr zu Jahr das geistige Niveau des Gewerkschaftskongresses. Die Neben waren kurz, präzise, klar, eine weitgehende Toleranz anderen Anschauungen gegenüber war die Regel, von kleinlicher Neidhaberei war fast niemals etwas zu bemerken. Wohl gibt es Differenzen verschiedenster Art zwischen den Gewerkschaften, Differenzen, die naturgemäße Folgen der raschen wirtschaftlichen Entwicklung sind, der sich ein Theil unserer Organisationen rascher, ein anderer nur langsamer anzubehaupten vermag. Diese Differenzen durch Mehrheitsbeschlüsse zwingungsweise auszugleichen, wurde mit Klugem und seinem Takte stets glücklich vermieden. Es bleibt noch Vieles zu erörtern und zu entscheiden, was in diesen Junitagen nicht erledigt werden konnte. Die Erledigung blieb aus nicht etwa deswegen, weil es an Fleiß und an dem Wunsche, Alles zu entscheiden, gefehlt hätte, sondern weil der Kongress abwarten wollte, bis die Fragen zu voller Reife gediehen sind, bis allgemein befriedigende, Jedermann verständliche Lösungen gefunden werden konnten. Neben dem guten und verständigen Geiste unter den Delegirten ist dies Ergebnis vor Allem zu danken der vorzüglichen Vorbereitung des Kongresses und der ausgezeichneten Leitung seiner Verhandlungen.

Auch rein äußerlich bedeutet der Kongress einen großen moralischen Erfolg unserer gewerkschaftlichen Bewegung. Fast aus allen Kulturstaaten entsandten die Gewerkschaftsorganisationen ihre Vertreter nach Stuttgart. Aus Frankreich und England, aus Holland und Dänemark, aus Deutsch-Oesterreich, wie aus Böhmen, aus der Schweiz und Italien, ja selbst aus Spanien waren offizielle Vertreter entsandt worden, nicht bloß um uns zu begrüßen, sondern um auch an unseren Methoden, Erfolgen und Debatten zu lernen. Dieser Meinung gab vor Allem der Vertreter eines Theiles der englischen Trades-Unions Ausbruch. Er betonte, daß auch der englische Arbeiter immer klarer zur Erkenntniß komme, daß eine alles Andere ausschließende gewerkschaftliche Betätigung für die Arbeiterklasse nicht ausreicht, daß auch in England eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige, selbstständige politische Arbeiterbewegung unentbehrlich sei und daß diese von dem Geiste unserer Vorkämpfer Marx und Lassalle erfüllt sein müsse. Wohl haben wir Vertreter unserer früheren Lehrmeister auf gewerkschaftlichem Gebiete, auf den Kongressen der Bergarbeiter, Glasarbeiter usw. gesehen, noch nie aber waren Delegirte der englischen Gewerkschaftswelt auf einem allgemeinen, deutschen Gewerkschaftskongresse erschienen, noch niemals hat ein Vertreter englischer Arbeiter auf deutschem Boden Worte dieser Art gesprochen, Worte, die stürmischen Beifall unter den Delegirten auslösten.

Die große Macht der deutschen Gewerkschaftsbewegung äußerte sich auch darin, daß die deutsche Reichsregierung mit einem von dem Vertreter des Huchthauskurtes, dem Grafen v. Posadowsky, gezeichneten Schreiben, einen offiziellen Abgesandten zu der Tagung der deutschen Gewerkschaften entsandt hat. Lediglich die Thatsache ist bemerkenswert; denn der Vertreter des Grafen von Posadowsky hat nicht, wie seine Kollegen, die auf Unternehmerkongresse und Junitagsge tagungen gesandt werden, Begrüßungsworte gesprochen und an den Debatten theilgenommen, er hat sich mit der Thatsache seiner Anwesenheit begnügt. Und auch diese Anwesenheit war bloß beschränkter Art, er theilte nicht nur, als die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften erörtert wurden, sondern auch dann, als über das Koalitionsrecht gesprochen wurde, und zwar fehlte er da entsprechend den Aufträgen, die ihm erteilt wurden. Neben der Reichsregierung ließ sich auch die württembergische Regierung und die Verwaltung der Stadt Stuttgart auf dem Kongress vertreten.“

Nach längeren Ausführungen über die einzelnen Beschlüsse des Kongresses zieht der „Vorwärts“ folgendes Resümee aus den Kongressverhandlungen:

„Der Kongress der deutschen Gewerkschaften in Stuttgart ist ein Beweis des Fortschrittes der Arbeiterbewegung, ist ein Beweis ihrer Einheit, ihrer Kraft, ihrer Unabhängigkeit auch gegenüber jedem Schmeichler und jedem Verführer. So kann Jedermann in der großen Klassenbewegung des Proletariats mit dem, was die letzte Woche ergeben hat, voll und ganz zufrieden sein. Ebenso Derjenige, der seine Thätigkeit konzentriert auf den Boden der Gewerkschaft, wie der Andere, der sich vornehmlich den politischen Kämpfen der Arbeiterklasse widmet.“

Das „Hamburger Echo“ schreibt am Schluß einer kurzen Würdigung des Kongresses eines ihrer Mitarbeiter wie folgt:

Der heilige Ernst um den Sieg einer guten Sache überwindet alle Hindernisse — so ungefähr hat einmal Goethe geschrieben. Von diesem ehrlichen Ernst waren die Verhandlungen durchpuls. Daher keinerlei rednerische Effekthascherei; kein Schielen nach den anwesenden Regierungsvertretern, ob ihnen das Gesagte gefällt oder mißfällt; keine Rechthaberei aus Eitelkeit, allseitig erwies man sich der Belehrung zugänglich und einigte sich auf die Beschlüsse oder fügte sich doch willig der Majorität. Auch keine Intoleranz. Gegnerische Galleriebesucher, die sich bestigen Krachhül von diesem Proletariatsparlament versprochen hatten, kamen schlecht auf ihre Rechnung. Noch mehr imponierten ihnen die musterhafte Ordnung und die vortrefflichen Reden, die so gar nichts Ungefährtes an sich hatten und in ihrer Ursprünglichkeit und Schlichtheit wirkungsvoller waren als Schönschwägerien von Akademikern. Mein Gallerie-Nachbar zitierte das Wort aus „Faust“: „Und wenn's Euch ernst ist, was zu sagen, ist's nötig, Worten nachzujagen?“

In weiteren drei Artikeln behandelt dasselbe Blatt die Beschlüsse des Kongresses, und kommt dabei zu folgenden Resultat:

„Alles in Allem braucht man nicht mit jedem Beschluß des Kongresses einverstanden zu sein, um doch zu konstatieren, daß der Kongreß einen trefflichen und würdigen Verlauf genommen hat. Die Ruhe und Sachlichkeit der Verhandlungen machte auf jeden Unbefangenen einen imponierenden Eindruck, und auch die zum ersten Male auf einem deutschen Gewerkschaftskongreß anwesenden Vertreter der Behörden werden sich des Eindrucks nicht haben erwehren können. Wenn sie Vergleiche anstellen zwischen den Verhandlungen in Stuttgart und denjenigen auf den Kongressen der Unternehmer, die bisher allein der Gegenwart von Regierungsvertretern gewürdigt wurden, so wird bei unparteiischer Betrachtung der Vergleich nicht zu Ungunsten der organisierten Arbeiter ausfallen. Der hohe sittliche Ernst der Verhandlungen, die Festhaltung idealer Gesichtspunkte auch bei rein materiellen Fragen zeichnet das Arbeiterparlament vor allen ähnlichen Veranstaltungen der Unternehmer aus. Freilich, Klassenvorurteile werden dadurch allein nicht überwunden. Zweifellos wird aber der vierte deutsche Gewerkschaftskongreß auch in dieser Richtung nicht ganz ohne Wirkung bleiben.“

In einem „Die Leistungen des Gewerkschaftskongresses“ überschriebenen Artikel, den wir in verschiedenen Parteiblättern, so der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der „Bremer Bürgerzeitung“ fanden, resumiert sich der Verfasser (G. Hochhaus?) in folgenden Worten:

„Kurz der Stuttgarter Kongreß hat gute Arbeit geleistet. Er hat den Eindruck, den bereits der Frankfurter Gewerkschaftskongreß auf den vorurteilslosen Beobachter gemacht hat, verstärkt: daß die deutschen Gewerkschaften die nötige Reife und Kraft besitzen, um sich ihren eigenen, ihren besonderen Zwecken entsprechenden Weg zu bahnen. Auf diesem Wege, der parallel läuft mit dem der politischen Bewegung, sind die Gewerkschaften in der Zeit vom Frankfurter bis zum Stuttgarter Kongreß ein gut Stück vorwärts gekommen. Mögen sie auch fernerhin, gestärkt durch die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses und die sich daraus ergebenden Maßnahmen, auf diesem Wege vorwärts schreiten im Dienste der materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse.“

Rehnlich anerkennend äußert sich die übrige sozialdemokratische Tagespresse, die uns zu Gesicht kam, wie die „Rhein. Btg.“, die „Schwäb. Tagwacht“ u. A., zu den Kongreßverhandlungen. Und auch mehrere bürgerliche Blätter halten mit ihrer Anerkennung über die Erfolge dieser Tagung nicht zurück. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Der Vorsitzende Bömelburg, nebenbei bemerkt, das Muster eines Vorsitzenden, hat in der Begrüßungsansprache gesagt, er hoffe, die Regierungsvertreter würden einen guten Eindruck nach Hause nehmen. Das werden sie, dessen sind wir sicher, aber es ist schade, daß sie keinen lebendigen Vergleich mit früher ziehen können. Wenn Einer von ihnen auf dem Frankfurter Kongreß gewesen wäre und gesehen hätte, wie dieser Kongreß vor Erregung ginzte, sobald von der Regierung die Rede war, während sie auf der Stuttgarter Tagung verhältnismäßig sehr gut behandelt wurde — wenn ein Regierungsvertreter diesen lebendigen Vergleich vor Augen hätte, dann erst würde er klar sehen, was es ausmacht, wenn man den Arbeitern mit Achtung und wenigstens nicht feindselig entgegenkommt. . . . Ist es nicht der Mühe wert, solches Vertrauen zu pflegen? Wir meinen, es ist's wert, und es wäre gut, wenn die Regierung möglichst viel von dem, was der Kongreß beschlossen, berücksichtigen wollte. . . .

Die soziale Praxis hofft, die Stuttgarter Tagung werde der Regierung Achtung und Beachtung abzuwürgen:

„Wenden wir auf das Ganze der Beratungen zurück, so hat der Kongreß durch die sachlichen, ernsthaften Verhandlungen bewiesen, daß die Gewerkschaften energische Gegenwartsarbeit treiben und auf's Neue diesen Willen zur Tat bekräften. Möge die Anerkennung, die die Staats- und Gemeindebehörden dem Kongreß ausdrücken und die dieser sichtlich zu schätzen versteht, den Anfang einer positiven Würdigung und Förderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten.“

Die Nationalsozialen müssen zugeben, daß ihre Hoffnung auf eine Trennung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie gescheitert ist. Die „Hilfe“ gefeht ein:

„Wenn man dagegen Neutralität als Abwendung der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei versteht, so hat zweifellos der Stuttgarter Kongreß auf's Neue bewiesen, was schon früher jeder Kenner der deutschen Arbeiterbewegung wußte: So lange keine neue, absolute Gewerkschaften und machtbolle Arbeiterpartei in Deutschland vorhanden ist, und so lange die Unzulänglichkeit der Behörden und der

Scharfmacher dem Nationalismus immer frische Nahrung zuführen, so lange ist an eine Trennung von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gar nicht zu denken. . . . Und wenn dann der Kongreßleiter Bömelburg die Stuttgarter Woche mit einer Ansprache schloß, die die Zusammengehörigkeit von Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratischer Partei betonte, so wird man auch aus diesem Vorgang erkennen müssen, daß eine Abkehr von der Sozialdemokratie zweifellos in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.“

Das halten die um Naumann allerdings für eine Schädigung. Trotzdem müssen sie anerkennen:

„Die Beratungen standen sämtlich auf einem geistig sehr hohen Niveau. Kleinliche Eifersüchlichkeit und persönliches Geizt, wie man es auf früheren Kongressen nicht selten erlebte, kamen diesmal überhaupt nicht vor; lange Geschäftsordnungsdebatten gab's nicht. Alles wurde sachlich und sachkundig verhandelt. Die Regierungsvertreter müssen den denkbar besten Eindruck von den Verhandlungen mitgenommen haben. Ebenso die diesmal besonders zahlreichen ausländischen Delegierten.“

Ueberflüssig zu sagen, daß die Scharfmacherpresse, voran die „Berliner Neuesten Nachrichten“, wesentlich anders urtheilt. Es wird da recht scharf drauflos gewettert gegen die Regierung, die sich auf einem sozialdemokratischen Arbeiterkongreß vertreten ließ. Fehlt nur noch, daß der Posadowsky-Regierung sozialdemokratische Neigungen nachgesagt werden!

* * *

Eine Revue über die Pressestimmen zum Stuttgarter Gewerkschaftskongreß kann nur dann Anspruch auf Vollständigkeit machen, wenn in ihr eines Artikels Erwähnung geschieht, der zwei Tage vor Zusammentritt des Kongresses, gewissermaßen zu seiner Begrüßung, in — der „Leipziger Volksztg.“ erschien. Man ist von der Redaktion dieser Zeitung in letzter Zeit schon Einiges gewöhnt geworden. — Dieser neueste Angriff auf unsere Bewegung übertrifft jedenfalls alle Erwartungen, die man auf die Gewerkschaftsfeindschaft der „Leipziger Volksztg.“ setzen konnte. Es heißt in diesem Erguß einer schönen Seele u. A.:

„Längst schon empfindet die Generalkommission der Gewerkschaften die drückende Beschränkung ihrer Einflußsphäre. Mit dem ungeheuren Uhatendrang in der Brust und dem erhebenden Machtbewußtsein, die Gesamtvertretung der deutschen Gewerkschaftsverbände zu sein, findet sie sich einem höchst bescheidenen Wirkungsbereich gegenüber, fumentalen die wichtigsten Tätigkeitsgebiete in der deutschen Arbeiterbewegung längst anderweitig vergeben sind. Nachdem der Großmachtsdusel, mit der sozialdemokratischen Partei als ebenbürtige Größe von Macht zu Macht zu verhandeln, kläglich Fiasco gemacht, verjagte sich der Wehmutstriebe der Generalkommission eine Zeit lang in utopischer Projektmacherei, so bei dem Plan der Gründung einer allgemeinen Sireitkaffe und der Unterstellung des gesamten Streikwesens unter die Kontrolle der Generalkommission, um sich zuletzt bei der Funktion eines statistischen Amtes der Gewerkschaftsbewegung zu bescheiden. Aber auch in dieser untergeordneten Rolle konnte sie ihre früheren Präntentionen nicht vergessen, und sie benutzte dieses Amt, um höchst eigenmächtig eine gewerkschaftliche Organisation aus ihrer offiziellen Liste zu streichen, die sich die Anerkennung ihrer Oberhoheit verjagt und ihre durchaus einseitige und parteiische Einmischung in eine rein örtliche Angelegenheit zurückgewiesen hatte.“

Wir könnten uns darauf beschränken, dieses Elaborat einfach tiefer zu hängen, wollen aber doch unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß es in der gesamten sozialdemokratischen Presse, soweit wir sie verfolgen konnten, entschieden Kritik gefunden hat. Am treffendsten wird es von der „Rheinischen Zeitung“ beurteilt, die darüber schreibt:

„Wir sind weit davon entfernt, nach der Art eines glücklicherweise bereinzelt dahstehenden Parteiblattes in der neueren Entwicklung der Gewerkschaften die Anfänge „organischer Verfestung“ zu sehen und ihnen die Rückkehr zu den „guten alten Traditionen“ zu wünschen. Die absolute Inhaftlosigkeit solcher Redensarten stößt besonders demjenigen auf, der in der Gewerkschaftsbewegung selber praktisch gearbeitet und sich heute unter der gerechten Würdigung der ungeheuren Schwierigkeiten, womit die dornenreiche Organisationsstätigkeit zu kämpfen hat, des Erinnerns an die Herzen freut. Der einzige Milderungsgrund für solche Phrasendreschereien ist die geradezu kindliche Unkenntnis der Kampfbedingungen der deutschen Arbeiter, verbunden mit einer völligen Verkennung der lebendigen Kräfte unserer Bewegung. Haben die Urheber eines solchen Geredes wohl eine Ahnung davon, was es heißt, in der Alles zerschörenden Zeit der Krise das mühsam Errungene festzuhalten? Wenn heute die freien Gewerkschaften in der patriarchalen Zahl von 700 000 auf dem Kongreß vertreten sein können, so verdanken sie das nicht zum Mindesten der endlichen Gesundung von jenen Kinderkrankheiten, die fernatmige Leute als gute alte Traditionen zu bezeichnen wagen. Der Artikel jenes Blattes erschien vor dem Kongreß, so daß wir die Hoffnung hegen konnten, daß der glänzende Verlauf der Gewerkschaftswoche unsere verbotene Kollegin ein klein wenig zu anderer Auffassung belehrt hat. Sie mag inzwischen eingesehen haben, daß sie sich ihre Raffanbräute hätte sparen können.“

Doch halt! Nicht bei allen Zeitungen löste dieser Artikel die Kritik aus: Von einer Seite fand die „Leipziger Volkszeitung“ Worte des Lobes — von Herrn K e f l e r.

Die „Leipziger Volkszeitung“ Arm in Arm mit Herrn K e f l e r, fürwahr, ein erhebendes Schauspiel!

Die Agitationstour im 25. Gau.

Im Auftrage des Vorstandes und der Gaubertaltung hielt ich vom 31. Mai bis 18. Juni im Gau Agitationstour ab. Die Tour begann im Elsaß und die erste Versammlung fand in Straßburg statt. Aus Rücksicht der bevorstehenden Gemeindevahlen hatte man nur eine Mitgliederversammlung einberufen, was mir unverständlich geblieben ist. Die Wahlen fanden erst 14 Tage später statt und Versammlungen waren zu diesem Zweck für den Abend nicht einberufen. Glaubte man eine Mitgliederversammlung abhalten zu können, so stand auch einer öffentlichen Versammlung nichts im Wege, Auch die Bekanntmachung in der „Freie Presse“ war nicht genügend. In der Annonce war nicht angegeben, wo die Versammlung stattfinden. Wer also mit den örtlichen Lokalverhältnissen nicht vertraut war, konnte nicht die Versammlung besuchen. Dieses war also ein großer Fehler. Wollen wir eine wirksame Agitation betreiben, so müssen wir für eine gute Bekanntmachung sorgen, damit auch Uneingeweihte erfahren, wo wir uns zusammenfinden. Von den zirka 1100 am Orte beschäftigten Holzarbeitern gehörten nur 160 der Organisation an, von denen 50 in der Versammlung erschienen waren. Die Organisation ist hier seit einem Jahr sehr zurückgegangen. Die Arbeitszeit beträgt noch 11—12 Stunden; nur bereinzelt ist die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Der Lohn schwankt zwischen M. 3.— bis 3.50. Einige Kollegen verdienen auch noch weniger und nur ein paar Kollegen sollen einen Lohn bis zu M. 4 bekommen.

In Colmar, wo zirka 100 Holzarbeiter beschäftigt sind, hatte man auch andere Arbeiter eingeladen. Die Versammlung war von 50 Personen besucht, wovon 16 Holzarbeiter waren. Auch hier beträgt die Arbeitszeit noch 11—12 Stunden. Der Lohn ist aber noch niedriger als in Straßburg. Es werden Löhne gezahlt von M. 2,20 bis 3,20.

Am nächsten Tage kam ich nach Mülhausen, wo die Versammlung nur von 30 Personen besucht war, von 800 Holzarbeitern. In demselben Abend fand eine Gemeindevählerversammlung statt und dürfte hierauf zum Teil der schlechte Besuch zurückzuführen sein. Hatte doch unser dortiges Parteiorgan am letzten Tage indirekt die Holzarbeiter aufgefordert, die Wählerversammlung zu besuchen. Hierzu lag nun wirklich keine Veranlassung vor, weil die ganze Woche hindurch jeden Abend Wählerversammlungen stattfanden und deshalb den Holzarbeitern noch Gelegenheit genug gegeben war, auch diese zu besuchen. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden und der Lohn M. 3 bis 4.

Besser als in den genannten Orten war es in Gebweiler. Von 40 Holzarbeitern ist die Hälfte organisiert. Die Arbeitszeit beträgt auch noch 11 Stunden, mit Ausnahme bei unserem Bevollmächtigten, wo nur 10 Stunden gearbeitet wird. Der Lohn schwankt zwischen M. 3 bis 3,50.

Wie aus Vorstehendem zu ersehen, habe ich im Elsaß traurige Zustände angetroffen. Die Kollegen werden bei niedrigen Löhnen noch elf und zwölf Stunden ausgebeutet; eine Arbeitszeit, die noch im äußersten Osten anzutreffen ist. Die herrschenden Klassen haben zur Freude der Arbeitgeber es verstanden, die Arbeiter durch den Chauvinismus so zu berauben, daß sie nicht daran denken, sich zu organisieren, um ihre Lebenslage zu verbessern. Erfreulicherweise ist dieses in den letzten Jahren anders geworden. Die Arbeiter kommen immer mehr zu der Einsicht, wo sie ihre Feinde zu suchen haben und es ist berechtigte Mühsicht vorhanden, daß es auch unseren dortigen Kollegen gelingen wird, gute, feste Organisationen zu schaffen, wodurch es möglich sein wird, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch im Elsaß zu verbessern.

Die nächste Versammlung fand in Emmendingen (Baden) statt, welche den örtlichen Verhältnissen nach gut besucht war. Es waren 75 Personen anwesend, davon 30 Holzarbeiter. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden und der Lohn M. 3 bis 4. Schwer um ihre Existenz haben die Kollegen zu kämpfen in einer Fabrik, wo photographische Apparate angefertigt werden. Mehrere Male sind zur Zeit der Geschäftsflaute Abzüge gemacht worden und es ist jetzt bei der größten Anstrengung kaum möglich, den Lohn zu verdienen. Haben die Kollegen erst Jahre lang auf den Artikel gearbeitet und sind infolge dessen der Tischlerei im Allgemeinen mehr entfremdet, so sind sie nur auf die wenigen Geschäfte angewiesen, welche in dieser Branche existieren.

Der Versammlungsbesuch in Lahr ließ viel zu wünschen übrig. Von 150 beschäftigten Kollegen waren nur 30 erschienen.

Aber noch schlechter sah es in Freiburg aus. Ganze 52 Kollegen hatten sich von den 450 Beschäftigten zu der Versammlung eingefunden. Die Arbeitszeit beträgt an beiden Orten zehn Stunden und der Lohn M. 3 bis 4.

Eine gut besuchte Versammlung fand in Donaueschingen statt. 70 Personen waren anwesend, davon 60 Holzarbeiter. In den Bürstenfabriken sind zirka 200 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt 9½—10 Stunden und der Lohn M. 2,50—3,50.

Sehr erfreuliches Bild hat die Versammlung in Bilingen. 40 Personen hatten sich eingefunden, darunter 20 Holzarbeiter. Von den in der Uhrenindustrie beschäftigten zirka 200 Holzarbeitern waren nur Einzelne erschienen. Ebenso war es in Schweningen, wo 250 Holzarbeiter in den Uhrenfabriken beschäftigt sind. Die Versammlung war von 70 Personen besucht, wovon 20 Holzarbeiter waren. Auch in Furtwangen war die Versammlung schlecht besucht. Ganze 25 Kollegen hatten sich eingefunden von den zirka 270 in den Uhrenfabriken beschäftigten. Die Arbeitszeit beträgt in allen drei Orten zehn Stunden und der Lohn M. 3—3,50. Es kommt aber auch häufig vor, daß die Kollegen mit weniger nach Hause gehen müssen, dahingegen gehört es zur Seltenheit, daß ein Kollege M. 4 verdient.

In Eingen sind nur 17 Kollegen beschäftigt, welche zum größten Teil noch bei den Meistern in Kost und Logis stehen. Die Versammlung war von 50 Personen besucht und nur zwei Holzarbeiter hatten es nicht für nötig gehalten, zu kommen.

Einen traurigen Eindruck habe ich von Konstanz mitgenommen. Um die Kollegen aus der Luz'schen Fabrik in Kreuzlingen (Schweiz) nach der Versammlung zu bekommen, hatte man ein Lokal in Kreuzlingen genommen, welches dreiviertel Stunden von Konstanz entfernt liegt. Begreiflicherweise waren aus Konstanz nur wenige Kollegen erschienen und die bei Luz Beschäftigten hatten es vorgezogen, ganz fern zu bleiben. Die Versammlung hatte ihren Zweck vollständig verfehlt. Dieses ist um so mehr zu bedauern, weil es gerade in Konstanz schlecht um die Organisation bestellt ist. Von den verheirateten Kollegen ist nur einer Mitglied. Wie mir gesagt wurde, treten die Kollegen mit dem Tage, an dem sie den Ehebund schließen, aus der

Organisation aus. Wahrscheinlich hebt sich mit der Verheirathung auch gleich die wirtschaftliche Lage der Kollegen und für sie ist durch diesen Akt die soziale Frage gelöst. Es ist nur unbegrifflich, daß es überhaupt noch unheirathete Kollegen in K. giebt. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und der Lohn M. 3.—4. Wie die Löhne beweisen, haben auch die verheiratheten Kollegen noch alle Ursache, sich der Organisation anzuschließen, die jüngeren Kollegen in dem Kampfe zu unterstützen und sich nicht von diesen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Die Kollegen in **Wültheim a. d. Donau** hatten sich große Mühe gegeben, eine gute Verammlung zu bekommen. Vornehmlich kommt nur eine Uhrenfabrik in Betracht. Bis Sonnabend Mittag ging auch Alles gut. Die Kollegen waren durch Annoncen und persönlich eingeladen. Aber des Mittags bereitete der Bevollmächtigte von der Zentral-Eischlerkasse die guten Hoffnungen. Er hielt es für richtiger, daß die Kollegen nicht zur Holzarbeiterversammlung gehen, um dort zu hören, wie berechtigt es sei, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu streben, und bereit deshalb schnell für den Abend eine Mitglieder-versammlung der Krankenkasse ein. Jeder hielt vor der Fabrik Bescheid und Mancher wird sich gefreut haben, daß er nun nicht nach der Holzarbeiterversammlung brauchte. In der Krankenkasse wurden an dem Abend die Neuwahlen vorgenommen, und wo man unter sich allein war, wurde die Gelegenheit wahr- genommen, einige alte „Sünder“ abzuwimmeln, welche zwar lange Jahre hindurch ihre Dienste gethan hatten, aber für den Abend es vorgezogen, unsere Verammlung zu besuchen. Ob der Bevollmächtigte durch seine Handlungsweise der Kasse einen guten Dienst erwiesen hat, erlauben wir uns zu bezweifeln. Hoffentlich werden die Mitglieder ihm zur gegebenen Zeit die richtige Antwort geben. Unter diesen Umständen mußte man sich noch freuen, daß 35 Personen in der Verammlung erschienen waren, davon 16 Holzarbeiter. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und der Lohn M. 2,50 bis 3,30.

Am schlechtesten war die Verammlung in **Schramberg** besucht. Die Kollegen gehen fast alle den Turn- und Gesangsvereinen sowie Klubbvereinen an, welche dafür sorgen, daß keine Zeit für wirtschaftliche und politische Vereine übrig bleibt. Auch an dem Sonntag, wo die Verammlung stattfand, waren große Festlichkeiten arrangirt. Es waren denn auch nur 25 von den 500 Holzarbeitern erschienen. Nicht mit Unrecht wurde über die niedrigen Löhne geklagt. Aber so lange die Kollegen jeden Klubb den ersten Vortragsplatz auf Gebung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorziehen, wird an eine Verbesserung selbstverständlich nicht zu denken sein.

In **Hornberg**, wo 150 Kollegen beschäftigt sind, wovon 50 der Organisation angehören, war die Verammlung auch nur mäßig besucht. Die Arbeitszeit beträgt hier noch 10½ Stunden und der Lohn M. 3.—3,50. Auch in **Offenburg** brauchten die Kollegen sich nicht in dem Verammlungslösal zu drängen, daß sie hatte der größte Theil der Kollegen gefordert. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und der Lohn M. 3.—3,50.

Nach den Angaben der Verwaltungsmittelglieder sind in den Orten, wo ich Verammlungen abgehalten habe, circa 4700 Holz- arbeiter beschäftigt, wovon nur 748 organisiert sind. Es ist hier also noch ein großes Feld zu bearbeiten.

Die Kollegen in der Uhrenindustrie, welche im Schwarzwald zu Hause ist, sind um ihre Existenz nicht zu beneiden. Große Fabriken sind entstanden. Die Ehearbeit ist bis auf das Neueste eingeführt, wodurch es möglich ist, viele ungelernete Arbeiter zu verwenden. Aus allen Dörfern strömen die Arbeiter nach den Fabriken und bieten sich für einen niedrigen Lohn an. Die wenigen Handgriffe sind den Arbeitern bald beigebracht und der Arbeitgeber verfügt über ein willenloses Ausbeutungssubjekt. Daß hierdurch die Lage der Berufsarbeiter nicht verbessert wird, ist begrifflich. Aber wir wollen und können nicht den Entwicklungsgang aufhalten und dürfen deshalb diese Arbeiter nicht zurückstoßen, sondern müssen versuchen, auch diese Hilfsarbeiter für die Organisation zu gewinnen, dann wird es um so leichter sein, bessere Zustände zu schaffen. In mehreren Orten wurde auch darüber geklagt, daß viele Kollegen des Abends noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Diese Kollegen arbeiten dann nicht bloß allein zu Hause, sondern gewöhnlich müssen sämtliche Familienmitglieder mit zugreifen. Bei jeder Reduzierung der Akkordpreise wird dann von den Fabrikanten auf die Löhne dieser Arbeiter verwiesen. In Schweinungen übernahmen die Kollegen vielfach Privatarbeiten, was soweit geht, daß einzelne Kollegen ganze Aussteuer nach Jeterabend anfertigen. Unter diesen Umständen wird es einem begreiflich, daß die große Anzahl der Kollegen der Organisation gleichgültig gegenüber steht. Diese Kollegen lassen sich dann auch Abzug auf Abzug ruhig gefallen. Die Fabrikanten nutzen die Uneinigkeit und Mißgunst, welche unter den Kollegen vorhanden ist, gehörig aus. Niemals wird sämtlichen Arbeitern mit einmal ein Abzug gemacht, sondern man nimmt zunächst einen Theil vor. Wenn diese dann murren, so kommt es leider oft vor, daß der andere Theil sich darüber freut, wenn ihre Nebenarbeiter nicht mehr so viel verdienen. Aber die Schandenfreude ist nur kurz, auch sie werden bald von dem Fabrikanten bedacht und so geht es fort. Daß hiergegen der Einzelne machtlos ist und nur die Organisation helfen kann, sehen leider unsere Kollegen in der Uhrenindustrie noch nicht ein. Aufgabe der Organisation wird es sein müssen, für die Zukunft diesem Industriezweig ganz vornehmlich ihr Augenmerk zuzuwenden.

Die Arbeitslosenunterstützung wird an allen Orten gut aufgenommen. Nur an einem Ort wandten sich zwei Kollegen gegen die Einführung und glaubten, daß die Organisation durch diese Unterstützungsanstellung an Mitglieder verlieren würde. Doch ich habe auf meiner Tour die Ueberzeugung gewonnen, daß uns deshalb keine Mitglieder verloren gehen werden. Auch an den Orten, wo die Kollegen einstimmig gegen die Arbeits- losenunterstützung gestimmt haben, hat man sich bereits mit dem Beschluß abgefunden und ist schon zu einer ganz anderen An- sicht gekommen.

Zum Schluß noch einige Worte über die Einberufung der Verammlungen. Soweit ich mich überzeugen konnte, hatten die Kollegen an fast allen Orten für gute Befanntmachung ge- sorgt. Im Allgemeinen dürfte es sich aber empfehlen, zu Agitationsversammlungen die Kollegen durch Handzettel einzu- laden, dann kann sich Keiner damit entschuldigen, er habe die Zeitung oder das Plakat nicht gelesen. Sehr vernünftig habe ich es auch gefunden, daß man an kleinen Orten sämtliche Arbeiter zu den Verammlungen einladet, damit der Referent nicht vor leeren Stühlen zu reden braucht. Doch an den Orten, wo man von den Holzarbeitern eine halbwegs gute Verammlung zusammen bekommen kann, empfiehlt es sich, nur

Kollegen einzuladen, damit der Referent mehr auf die Berufs- verhältnisse und Organisationseinrichtungen eingehen kann, was in allgemeinen Verammlungen nicht so angebracht ist. Aber auch Aufnahmemaßnahmen muß zur Stelle sein. In ein paar Orten war es leider nicht vorhanden. Dieses ist aber dringend notwendig, haben sich doch fast an allen Orten einige Kollegen aufnehmen lassen. Der Bevollmächtigte muß aber auch vorher rechtzeitig dem Gewerkschaftsmittheilen, wann und wo die Verammlung stattfindet, damit der Referent nicht erst nöthig hat, den ganzen Ort abzusuchen, was recht unan- genehm ist, wenn die Adressen im Verzeichniß nicht mehr stimmen, wie es mir in zwei Fällen ergangen ist.

S. Stubbe, Hamburg.

Rundschau.

Die Haltung der Behörden gegen Arbeiter- forderungen ist eine sehr unterschiedliche, das beweisen folgende behördliche Maßnahmen aus der letzten Zeit, die registriert zu werden verdienen. So äußerte sich die Petitionskommission des Stattparla- ments zu Falle auf eine Eingabe der tarifstreuen Buch- drucker, die Tarifgemeinschaft dadurch zu unterstützen, daß städtische Druckerarbeiten nur an tarifstreue Druckereien ver- geben würden, in ablehnendem Sinne, indem sie durch den Mund ihres Referenten erklärten ließ: Die städtische Verwaltung dürfe sich nicht in Lohnkämpfe (1) einmischen und müsse ihre Arbeiten dahin vergeben, wo sie am billi- gen ausgeführt werden. In gleichem Sinne äußerte sich der Magistrat. Der Bescheid ganzler Schluß war auch hier Nichteinmischung in Lohnbewegungen und Vergebung an den billigsten Lieferanten. Dagegen fand die Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch beim Vorstehenden Geh. Rath Professor Dr. Dittenberger und Professor Dr. Köhlschütter einhelliges Zureden. Beide Redner be- tonten, daß gerade durch die Einrichtung der Tarifgemein- schaft ein Mittel gefunden sei, Lohnkämpfe fast ganz aus- zuschalten, das Gewerbe und die soziale Lage und damit auch die Steuerkraft seiner Angehörigen zu heben, während gerade durch eine Bevorzugung der außerhalb der Gemein- schaft stehenden Betriebe, die durch Lohnrückerei und Lehr- lingszüchterei unfairen Wettbewerb treiben, jene für alle anderen Gewerbe nachahmenswerthe Organisation gefährdet werde. Die Verammlung erkannte dem auch mit großer Mehrheit an, daß die Berücksichtigung der Eingabe sowohl im Interesse des Gewerbes, der För- derung des sozialen Friedens und damit im Interesse der Gemeinde selbst liege, und empfahl dem Magistrat ihre Beachtung. — Das königl. Ober- bergamt Halle hat auf die gleiche Eingabe folgende dankenswerthe Antwort gegeben:

„Von dem Inhalt der uns unterm 22. April durch die Halleischen tarifstreuen Buchdrucker überreichten Petition des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker haben wir mit Interesse Kenntniß genommen. Den in dieser Petition dargelegten Grundsätzen, insbesondere den Bestrebungen der Tarifgemein- schaft, auch für die Dauer eine friedliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im deutschen Buch- druckergewerbe herbeizuführen, können wir nur beipflichten, und werden daher bei Vergebung amtlicher Druckerarbeiten, so weit als möglich, nur solche Buchdruckerbetriebe berücksichtigen, welche den deutschen Buchdruckertarif bei dem Tarifamte schriftlich anerkannt haben.“

(gez.) Fürst. Auch der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat u. A. folgende Grundsätze bei Vergebung städtischer Arbeiten aufgestellt:

„Diejenigen Unternehmer, welche städtische Arbeiten übernehmen, sind verpflichtet, für sämtliche von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen den Lohnkommissionen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen, welche am Submissionsstermin geltend sind, so lange einzuhalten, bis von einer oder der anderen der erwähnten Kommissionen eine Kündigung derselben erfolgt ist.“

Eine durchaus objektive Haltung der Behörden gegen Arbeiterforderungen macht sich auch in Mainz bemerkbar. Darüber berichtet die „Frankf. Ztg.“:

Seit einiger Zeit macht sich in den Arbeiterkreisen eine Bewegung bemerkbar, die darauf hinzielt, daß städti- sche Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, von denen die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verabredeten und schriftlich festgelegten Ver- einbarungen über Lohn- und Arbeits- bedingungen anerkannt worden sind. Der Stadt- Mainz war auch von dem Vorstände des Deutschen Metall- arbeiterverbandes ein solcher Antrag für die Vergebung von Schlosser- und Klempnerarbeiten unterbreitet worden. Bei der Beratung des Antrages in der sozialpolitischen Kom- mission wurde er aber von einem Mitgliede der Kommission auf die Vergebung von sämtlichen städtischen Arbeiten ausgedehnt. Auf Vorschlag der städtischen Verwaltung hatte der Vorstehende des Gewerbegerichts eine Verammlung der Gewerbegerichtsbeisitzer einberufen, um über den Antrag zu berathen. Nach längerer Debatte wurde einstimmig be- schlossen, daß städtische Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, die für ihre sämtlichen Arbeiter die zur Zeit der Uebernahme der Arbeit oder Lieferung bestehenden, zwischen Arbeitgeber- und Arbeit- nehmerverbänden vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zur Beendigung der Arbeit einhalten. Dieser Antrag, der im Einvernehmen mit der Bürgermeisterei ausgearbeitet wurde, wird zweifellos auch in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit finden.

Nicht weniger häufig, ja häufiger sind allerdings noch jene Fälle, wo staatliche und städtische Behörden den For- derungen der Arbeiter gleichgültig, wenn nicht feindsich gegenüberstehen. Hier bleibt den Arbeiterorganisationen noch ein großes und schwieriges Erziehungswerk zu thun.

Der Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer in Baden, der von der sozialistischen Fraktion der Zweiten badischen Kammer gestellt worden war (siehe Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“), hat keine Aussicht auf Annahme. Das zeigte sich schon in der Kommissionsberatung, wo der Antrag abgelehnt wurde. Außer dem Vertreter der

Sozialdemokratie, Abgeordneter **Sichhorn**, der in einem längeren Vortrag den Entwurf begründete, war nur der Vertreter der Demokratie, Abgeordneter **Sofmann**, im Krinzip mit dem Entwurf einverstanden. Die National- liberalen und das Centrum hielten es aber für unloyal und unangehörig, dem Reich, dem diese Materie zur gesetzlichen Regelung zusteht, vorzugreifen. Wehlich sprach sich der Minister **Schnel** als Vertreter der Re- gierung aus; nur theilte er nicht die Ansicht des Centrum- abgeordneten **Behner**, der es auch für rechtlich un- angängig hielt, diese Frage auf dem Wege der einzelstaat- lichen Gesetzgebung zu lösen. Die Parteien stellten den An- trag an den sozialdemokratischen Vertreter, den Entwurf angeht die Ausschließlichkeit im Plenum vor der öffent- lichen Berathung zurückzugeben. Selbstverständlich ist nicht zu erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion den zwei großen bürgerlichen Parteien und der Regierung den Ge- fallen erweist. Der „Volkstreund“ meint zu dieser Ab- lehnung:

„Kürzer setzte man in Baden eine Ehre darin, als „Probir- und Musterlande“ zu gelten und den übrigen Einzel- staaten wie dem Reich in allen Dingen mit gutem Beispiel voranzugehen. Heutzutage, im Zeitalter der von den Amerikanern bewährten „Geradheit und Gerechtigkeit“, ist dies anders geworden. Bezeichnend für die Situation ist, daß es gerade der Centrumsjurist **Behner** war, der, mini- sterlicher als der Herr Minister selbst, allerhand Bedenken staatsrechtlicher Art geltend machte, um unseren Antrag zu Fall zu bringen. Das ist für die schwarzen „Volkstreunde“ allerdings die bequemste Art, um die Sache herumzukommen.“

Der Vorgang wirft jedenfalls ein großes Schlaglicht auf die klägliche Haltung der Nationalliberalen und des Centrum, wenn sie ihre so sehr gerühmte Arbeiterfreund- lichkeit beweisen sollen.

Unternehmerfrechheit. Seit dem 20. Mai befinden sich in Koblenz die **Maurer**, seit dem 26. die **Zimmerer** im **Ausstarb**. Sie haben im Anfange den Bauunter- nehmern ihre Anträge auf Abänderung der Lohn- und Arbeits- verhältnisse eingereicht, indem sie eine zehnständige Arbeits- zeit — bisher waren es elf Stunden — und 40 % Mindest- lohn — bisher 20 bis 40 % Klassenlohn — verlangten. Eine Einigung darüber ist nicht erzielt worden. Um die Be- völkerung über den Stand der Dinge aufzuklären, hat jetzt die Ausstandsleitung eine Flugsschrift vertheilen lassen. Darnach hat der Ortsverband der Baugeschäfte von Koblenz und den Nachbarorten folgende Vereinbarungen getroffen: Es wird allgemein Stundenlohn eingeführt, und die Ein- stellung der Arbeiter erfolgt ohne gegenseitige Kündigung. Es dürfen keine hiesigen Arbeiter eingestellt werden, die nicht im Besitze von Abkehrscheinen sind. Auswärtigen Arbeitern sind zur Beibringung dieses oder ihrer ordnungs- mäßigen Entlassung sechs Tage Zeit zu lassen. Auszustellende Abkehrscheine sind mit **N u m m e r n**, 1 bis 5, zu versehen. Diese bedeuten: 1) kann jederzeit zum selben oder höheren Lohne eingestellt werden; 2) desgleichen zum selben Lohne; 3) desgleichen mit mindestens 1 % Abzug für die Stunde; 4) darf erst nach einer Woche und mit 2 % Abzug für die Stunde eingestellt werden; 5) darf erst nach einem Monat, am besten aber garnicht, eingestellt werden und mit minde- stens 5 % Abzug usw. Die Arbeiter beklagen sich dann weiter, daß gegen sie in rücksichtsloser Strenge vorgegangen werde, während den Unternehmern keine Schwierigkeiten bereitet würden. Sie erklären, den Kampf mit derselben Dis- ziplin und Ordnung wie bisher weiterführen zu wollen.

Der § 118 der Gewerbeordnung untersagt es allerdings den Arbeitgebern ausdrücklich, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen, doch ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Behörde irgend etwas zum Schutze der Koblenzer Bauarbeiter im Sinne des betreffenden Paragraphen unter- nommen habe.

Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter. Wie niedrig die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne noch immer sind und unter welchem Druck sie durch das Zutreten ausländischer Arbeiter gehalten werden, das zeigt eine Umfrage des Vorstandes des landwirtschaftlichen Kreisvereins zu Neumarkt i. Schl. Auf Grund von 23 ausgefüllten Fragebogen wurde der Lohn- durchschnitt für die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter und dann ein Vergleich der höchsten und niedrigsten Lohnsätze der einzelnen Arbeiterkategorien festgestellt. Die Resultate haben nicht nur für den Kreis Neumarkt, sondern im Weiteren für die Provinz Schlesien und selbst darüber hinaus Bedeutung. Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung der höchsten und niedrigsten Lohnsätze der einzelnen Arbeiterkategorien, die auf 23 Gütern an die dort beschäftigten Arbeiter gezahlt werden. Beschäftigt werden ihrer Herkunft nach Oberschlesier, Posener Russen, Galizier, Ungarn. Es hehrung für männliche erwachsene Arbeiter im Einzelnen der Lohn:

	Barlohn	Deputat	Pro- vision u. Retse	Summa	Zufolge i. d. Woche	Ernte pro Tag
A. Oberschlesier:						
Höchster Satz	135	60	8	198	5	10
Niedrigster Satz	120	56	4½	180	4	30
B. Posener:						
Höchster Satz	130	48	5½	183	4	30
Niedrigster Satz	130	38	4	172	—	10
C. Russen:						
Höchster Satz	120	48	4½	172	4	10
Niedrigster Satz	110	31	5	146	5	30
D. Galizier:						
Höchster Satz	190	45	5	170	6	30
Niedrigster Satz	100	44	4	148	—	—
E. Ungarn:	120	37	7	164	5	30

Ist es unter solchen Verhältnissen verwunderlich, wenn die Agrarier trotz des Ueberangebots von Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt über Arbeitermangel klagen?

Artig und dankbar soll der Lohnsklave sein! Dem Vorstand der Buchbinderorganisation in Hannover wurde folgendes Schreiben zugesandt:

Ihr unermesslichem Herrn Rath schriftlich gestellter Antrag in Sachen gegen S. ist durch die heutige Ber- handlung vor dem hiesigen Gewerbegericht wohl hin- fällig geworden und für uns damit erledigt. Herr S.

ist nicht allein mit seiner Lage abgewiesen, sondern hat auch noch von Herrn Senator Fink den wohlgemeinten ernstlichen Rath mit auf den Weg bekommen, sich in Zukunft artiger und dankbarer seinem zeitigen Arbeitgeber gegenüber zu betragen.

Es dürfte sich daher wohl empfehlen, wenn Sie seitens des Vorstandes Ihres Verbandes auch in dieser Beziehung etwas mehr erzieherisch auf Ihre Genossen einwirken.

Achtungsboll

Hannov. Geschäftsbücher-Fabrik W. Oldemeyer Nachf. Andreas Naß.

Der in dem Schreiben benannte Arbeiter S. hatte entgegen einer Bestimmung der Fabrikvorschriften der Bequemlichkeit halber die Fachzeitung der Buchbinder an seine Kollegen in der Fabrik abgegeben. Weil diese Verteilung der Zeitungen in der Fabrik verboten war, wurde S. ohne Kündigung entlassen. S. glaubte, die Uebertretung des Fabrikverbots sei kein Grund zur sofortigen Entlassung, und klagte deshalb beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Gewerbegericht stellte sich indes auf den Standpunkt, daß die Entlassung des S. gerechtfertigt sei und wies ihn mit seiner Entschädigungsklage ab. — Der „gute Rath“ des Senators war, wenn er wirklich gegeben wurde, ganz überflüssig.

Womit das Volk zufrieden sein soll. In der „Sozialen Praxis“ Nr. 37 schreibt ein Kreisarzt Dr. Richter in Nemscheid über die Wohnungsfrage unter dem Titel: „Was darf in städtischer und gesundheitlicher Beziehung von einer menschlichen Wohnung in einem Kulturlande unbedingt verlangt werden?“ Darin finden sich folgende Sätze: „Wohnräume und Küche müssen mindestens so hoch sein, daß die Einwohner sich aufrecht darin bewegen können.“ „Besondere reizbare Räume außer der Küche dürfen kaum zu verlangen sein.“ „Das Wasser muß klar und von gutem Geschmack sein, so daß Ersterregung ausgeschlossen ist.“ — Der Kreisarzt führt in Bezug auf das nötige Luftquantum in Schlafräumen aus: Der von der Hygiene geforderte 18 cbm Luftraum für jeden Erwachsenen dürfte für lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Es genügt auch eine Luftmenge von 12 cbm für Menschen über und von 5 cbm für solche unter 12 Jahren.

Man vergesse nicht, diese bürgerlich-großherzige Wohnungspolitik gilt nicht für Zellengefängnisse, sondern für die Häuslichkeit der Millionen des arbeitenden Volkes.

Korruption in einer Ortskrankenkasse. Wohin es führen kann, wenn die Arbeiter den ihnen in der Arbeiterversicherung eingeräumten Einfluß auf die Selbstverwaltung nicht genügend nutzen, das beweist folgender Fall, der jüngst durch die Presse bekannt wurde: Schon seit Jahren „kräftelt“ es im Vorstande der Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Sichtenberg. Die Ursache dieses zum Nachtheil der Kasse bestehenden Zustandes ist wohl in der eigenartigen Stellung des Rentanten zum Vorstande zu suchen. Der Rentant Kaufmann, Oberförster a. D., ist vor zehn Jahren gegen Lantime angestellt worden. In der Zwischenzeit ist sein Anstellungsvertrag auf Lebenszeit ausgedehnt und ihm neben seiner Pension von M 3000 als Oberförster ein Gehalt von M 5000, außerdem eine Pension mit M 2000 beginnend, zu beziehen ohne Nachweis der Invalidität, zugesichert. Beim etwaigen Ableben des Rentanten oder Pensionärs bezieht dessen Wittve eine Pension von M 1250 jährlich! Nebenbei ist dem Rentanten, wiederum auf Lebenszeit, vertraglich Generalvollmacht acht erteilt und dieser als Geschäftsführer in Generalvollmacht angestellt! Der damalige vertragsabschließende Vorstehende ist inzwischen als Koffizier seinerseits, wie behauptet wird, durch den Generalbevollmächtigten mit Zustimmung der Generalversammlung lebenslänglich angestellt. Die übrigen Kassenbeamten: ein Kassistent und ein Kontrolleur, erfreuen sich ähnlicher Verträge. Demnach ist es auch zu verstehen, daß sich die Verwaltungsumkosten bei etwa 4000 Mitgliedern im Jahre 1900 auf M 334 pro Mitglied belaufen und inzwischen sich erhöht haben dürften!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Bezirksstelle Nürnberg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. einen Lokalbeitrag von 15 S für männliche, von 5 S für weibliche Mitglieder neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Demzufolge haben ab 1. Juli in Nürnberg die männlichen Mitglieder einen Wochenbeitrag von insgesammt 40 S, die weiblichen einen solchen von 15 S zu entrichten.

Desgleichen wird hierdurch den Bezirksstellen Spandau und Wandlitz die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli einen Lokalbeitrag von 10 S, ferner der Bezirksstelle Darmstadt einen solchen von 5 S pro Woche ebenfalls ab 1. Juli neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Die Mitglieder in Spandau und Wandlitz haben demzufolge vom 1. Juli ab einen Wochenbeitrag von 35 S, diejenigen in Darmstadt von 30 S zu entrichten.

Im Dezember d. J. sollen in allen Bezirken die Fragebogen für die allgemeine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter Deutschlands ausgegeben werden. Indem wir schon heute hierauf aufmerksam machen, rufen wir an alle Kollegen das Ersuchen, sich auf die Beantwortung der Fragen rechtzeitig vorzubereiten, namentlich ihre wöchentlichen Lohnsummen regelmäßig zu notiren, um am Jahres-

schluß ihren durchschnittlichen Wochenverdienst auf dem Fragebogen angeben zu können. Ebenso empfehlen wir genaue Aufzeichnungen über Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Ausgaben für Werkzeug usw., nach welchen, wie früher, so auch in diesem Jahre, auf dem Fragebogen gefragt werden wird.

An die Lokalverbände richten wir die Aufforderung, bei Gelegenheit schon jetzt das Interesse aller Kollegen, Mitglieder wie Nichtmitglieder, an diesen Erhebungen wachzurufen, um eine möglichst zahlreiche Theilnahme an der Statistik im Voraus zu sichern. Um das Interesse nicht abzuschwächen, bitten wir, auch etwaige lokale Erhebungen nunmehr bis zu dieser allgemeinen Statistik zurückzustellen.

Das Protokoll vom Verbandstag in Mainz ist an die Bezirksstellen entsprechend ihren Bestellungen versandt worden. Der Verkaufspreis beträgt wie früher 15 S pro Exemplar und bitten wir, für weitestmögliche Verbreitung unter den Mitgliedern zu wirken. Diejenigen Bezirksstellen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstande sind, eruchen wir, ihren Bedarf nunmehr baldigst mitzutheilen, damit der Versand nicht allzu sehr verzögert wird.

Nach Mittheilung der Generalkommission soll der Vertrieb des Protokolls vom Gewerkschaftskongress in Stuttgart durch die Gewerkschaftskartelle erfolgen. Unsere Bezirksstellen wollen deshalb ihren Bedarf an diesen Protokollen umgehend bei dem Kartell ihres Ortes bestellen. Wo ein Gewerkschaftskartell nicht besteht, ist die Bestellung direkt an Carl Regien, Hamburg, Marktstr. 15, zu richten. Die Mitglieder erhalten das Protokoll für 20 S, beim Einzelbezug portofrei für 30 S pro Exemplar.

Bei Prüfung der Abrechnungen müssen wir immer wieder die Wahrnehmung machen, daß in einzelnen Bezirksstellen fortgesetzt auch Bildhauer, Tapezierer, Zimmerer usw. in unseren Verband aufgenommen werden, obwohl wir des Deffteren schon bekannt gemacht haben, daß die Aufnahme dieser Berufsangehörigen unzulässig ist. Infolge mehrfacher Beschwerden aus jüngerer Zeit, namentlich von Seiten des Zentralvorstandes der Bildhauer, richten wir hierdurch an die Lokalverbände wiederholt das dringende Ersuchen, fortan die Vorschrift in Ziffer 3 des Leitfadens genauer zu beachten, nach welcher die Angehörigen solcher Berufe der Holzindustrie, für welche eine besondere Berufsorganisation besteht (Bildhauer, Möbeler, Glaser, Zimmerer usw.), nicht in den Holzarbeiterverband aufgenommen werden dürfen, sondern stets an ihre eigene Organisation zu verweisen sind. Entgegen dieser Vorschrift erfolgende Aufnahmen werden, wie seither, so auch in der Folgezeit von uns wieder rückgängig gemacht werden. Ebenso sind alle Nicht-Holzarbeiter von der Aufnahme in unseren Verband unbedingt auszuschließen.

Bezüglich der Berichterstattung über die Agitationsreisen hat der Verbandstag in Mainz den nachfolgenden Beschluß gefaßt, auf welchen wir sowohl die Lokalverbände, als auch die mit der Agitation betraut gegebenen Referenten hiermit verweisen:

„Der Verbandstag verpflichtet die auf längere Dauer zur Agitation hinausgesandten Kollegen, einen kurzgefaßten Agitationsbericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu liefern, um dadurch eine Einzelberichterstattung aus den vielen Orten zu vermeiden. Die Berichterstattung soll sich nicht erstrecken auf eine Wiedergabe der gehaltenen Referate, sondern nur auf die persönlichen Eindrücke, welche der Referent über das Interesse der Kollegen an der Organisation gewonnen, über die Erfolge und über die Arbeits- und Lohnverhältnisse, soweit es ihm möglich war, ein allgemeines Bild über dieselben zu bekommen.“

- Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:
- 24719 Otto Schnabel, Tischler, geb. 5. 3. 83 zu Leipzig-Gutritsch.
 - 25616 Wilh. Franke, Stuhlauer, geb. 26. 5. 77 zu Greifendorf.
 - 37848 Friedrich Knapp, Schreiner, geb. 23. 9. 85 zu München.
 - 41078 August Boigt, Ristenmacher, geb. 8. 4. 63 zu Bremen.
 - 41221 Rudolf Weinlich, Tischler, geb. 22. 4. 81 zu Tschenkowitz.
 - 54166 Karl Schäfer, Drechsler, geb. 28. 7. 83 zu Walbau.
 - 66737 Julius Heider, Tischler, geb. 7. 4. 80 zu Garzburg.
 - 110757 Johann Koch, Tischler, geb. 21. 1. 83 Erweiler-Ghlingen.
 - 123541 Mathias Koll, Schreiner, geb. 7. 7. 60 zu Großhauersteig.

Stuttgart, 28. Juni 1902.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

I. Gau. Vorort Königsberg i. Pr.

Infolge der Abreise des Kollegen Koste von Königsberg habe ich provisorisch die Geschäftsleitung des I. Gaus übernommen. Ich eruche daher, alle diesbezüglichen Korrespondenzen an meine Adresse zu richten.

W. Rattat, Königsberg i. Pr., Sachheimer rechte Straße 14, 2. Et.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Bezirksstellen und Vereine werden dringend erucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bremen. In einer außergewöhnlich gut besuchten Stellmacher-Versammlung, die am 21. Juni hier tagte, hielt Kollege Lages einen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion wurde eine scharfe Kritik geübt über Mißstände, welche sich in der Branche eingeschlichen hatten. Unter Anderem wurde festgestellt, daß trotz M. 20 Minimallohnes einige Gehülfen mit M. 18, 17 und 16 pro Woche abgelohnt werden. Nach Angabe eines Meisters haben sich aber auch einige Gehülfen, allerdings von auswärts für den horrenden Lohn von M. 14 pro Woche angeboten. In letzterem Falle wäre es wohl thörichter, wenn sich die auswärtigen Kollegen vorher nach den örtlichen Verhältnissen erkundigten. Denn wer das Pfaster Bremens kennt, wird wissen, daß es ziemlich theuer ist. Selbst das Kohlen- und Logiswesen hat bei beschiedenen Meistern wieder Platz gegriffen. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Versammlung abgebrochen werden. Die nächste Stellmacher-Versammlung, welche Sonntag, den 18. Juli, Vormittags 8 1/2 Uhr, bei Jirus, Starckenstraße 3, stattfindet, wird sich mit dieser Angelegenheit weiter beschäftigen. Es hatten sich mehrere Kollegen von auswärts eingefunden, trotzdem sie eine ziemliche Bahnstrecke zu machen und einen halben Arbeitstag versummt hatten. Dies sollten sich die hiesigen Kollegen zum Vorbild nehmen, welche es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Darum, Ihr Stellmacher, schüttelt alle Gleichgültigkeit ab, fehle Keiner, wenn Versammlungen abgehalten werden. Keiner möge sich vorwerfen lassen, daß auch er einer von Denjenigen sei, welche durch ihr unsolidarisches Verhalten unsere traurige Lage mit verschuldet haben. Hauptsächlich die Kollegen von der nahen und auch entfernteren Umgebung Bremens haben in der nächsten Versammlung (Sonntag, den 18. Juli, Starckenstraße 3) dringend zu erscheinen.

Celle. Die Verhältnisse in der Fabrik von E. Mumbhenke haben sich in letzter Zeit derart gestaltet, daß wir uns gezwungen sehen, Einiges zur Aufklärung der Deffentlichkeit zu unterbreiten. Durch eine Erfindung des Herrn Mumbhenke (zerlegbare Möbel), welche ja recht praktisch und jedenfalls auch wohl rentabel, ist der Geschäftsgang augenblicklich leblich, nur die Arbeiter können dasselbe in Bezug auf ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht sagen. Es erfordert die Art der Bearbeitung eine bedeutend umständlichere Handhabung und außerdem wird auch eine viel größere Ausführung verlangt, aber Alles mit der Bedingung, daß diese Sachen billiger als sonst hergestellt werden sollen. Was unseres Erachtens garnicht zusammen harmonirt. Man sollte nun glauben, daß die Arbeiter ein Herz fassen und Herrn Mumbhenke die Sache einmal vorstellen würden, damit wenigstens ihre Lohnverhältnisse derart gestaltet würden, daß selbige gegen früher keine Einbuße erleiden; aber nichts von Alledem, man murrst lieber in den Gaden herum. Es ist traurig, Derartiges berichten zu müssen, aber Thatsache ist es. Man sollte glauben, daß es Herrn Mumbhenke ein Leichtes wäre, dem Wunsch seiner Arbeiter zu entsprechen, da er in puncto Konkurrenz geschicklich geschäftig ist. Den Arbeitern aber möchten wir zu bedenken geben, sich zu bestimmen, was in Zukunft daraus werden soll, wenn die betreffenden Artikel nicht mehr einen solchen Absatz finden wie augenblicklich; gewöhnlich heißt es dann nach bekannter Manier: „Wir müssen billiger produzieren.“

Bosen. In Bosen sind unsere Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Es kommen zirka 280 Bautischler in Frage. Die Arbeitgeber haben eine siebenköpfige Kommission gewählt, die mit der Gezellenkommission verhandeln soll. Bei der Bewegung kommen sowohl unsere Mitglieder wie die des Christlichen Holzarbeiterverbandes und des Gewerbevereins in Frage. Und darf man sagen, daß alle einmüthig zum Vorgehen entschlossen sind, wir haben zirka 240 Bautischler im Verbands, zirka 30 vertheilen sich auf die anderen Verbände. Vom Zentralvorstande wurde Kollege Weder-Hannover beauftragt, an den Verhandlungen theilzunehmen. Am gestrigen Tage hat bereits eine Firma mit 16 Leuten bewilligt. Der Muth unserer Kollegen ist vorzüglich. Man darf ruhig sagen, daß in letzter Zeit im Osten unseres Vaterlandes unsere Bewegung überraschende Fortschritte gemacht hat, doch scheint Bosen den ganzen Orten als Vorbild dienen zu sollen, denn hier hatten wir vor Jahresfrist zirka 60 Mitglieder, der Christliche Verband war hier auch schon einmal stark, aber nachdem die Mitglieder dort eingesehen, daß unsere Organisation mit religiösen und politischen Fragen nichts zu thun hat, zog es die Mehrzahl vor, zu uns zu kommen und dort auszutreten. Wir denken in wenigen Wochen die ganze Bewegung zum glücklichen Ende geführt zu haben. Zugang ist fernzuhalten!

Stettin. In Nr. 26 der „Holzarb.-Ztg.“ läßt Herr Tauschnitz eine „Berichtigung“ gegen unsere Notiz vom 1. Juni d. J. los und wirft uns vor, wir hätten Unwahrheiten mitgetheilt. Wir hatten geschrieben: „Es scheint uns, als wenn Herr Tauschnitz sich auch um die Arbeit in Bosen bei der Firma Staben (Inh. Ramlow) bemüht“, und zwar konnten wir dies um so eher vermuten, als Herr Staben selbst zu den beiden Bodenlegern Franz Meyer und Albert Driesner gesagt hat: „Tauschnitz war auch ziemlich eine Stunde hier.“ Wir müssen nun annehmen, daß es sich bloß um eine kleine „Wifite“ gehandelt hat. Zwischen den Zeilen der Berichtigung des Herrn T. gelesen, nimmt er an, wir wollten den Bodenleger Brettschneider ihm nur abwendig machen. Dies hat uns ferngelegen. Wir haben nur deshalb dem B. zugeredet, die Arbeit bei Staben zu übernehmen, weil wir erfuhren, daß er schon vom 16. oder 17. Mai ab für Staben Arbeit ausgeführt hat und zwar hinter unserem Rücken. Um nun einigermaßen die Preise hochzuhalten und weil wir dem B. nicht recht trauten, haben wir auf ihn eingeredet. Daß nun B. mit der Firma Staben einen Vertrag abgeschlossen hat, uns Beide nicht wieder einzustellen, haben wir bis jetzt nicht gewußt, sind somit Herrn T. dankbar für die Mittheilung. Aber woher hat Herr T. denn Kenntniß von dem Vertrage? B. hat nichts zu ihm geäußert. Also vielleicht der andere Kontrahent? Schönel genug wäre ja diese Handlungsweise des Brettschneiders; aber auch mit ihm werden wir uns abzufinden wissen und werden baldigst Stellung dazu nehmen. Franz Meyer, Gustav Sorge, Bartelbodemleger.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Korbmacherfirma Heitmann in Hamburg kündigt auf den im Jahre 1900 vereinbarten Lohnstarif eine 20prozentige Reduktion an. Die Kollegen sind im Ausstand. Zugang ist fernzuhalten.

Beim Holzimmermeister Gerdeck in Braunschweig streiken seit dem 6. Juni die Zimmerer. Durch diesen Streit sind 23 Tischler in Mitleidenschaft gezogen, d. h. sie haben, da sie Zimmerarbeit machen sollten, die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

In der Aussperrung der Arbeiter in der Holzwarenfabrik von Kirichstein in Spandau ist eine Wendung bisher nicht eingetreten. Zu den Arbeitswilligen haben sich noch weitere Gleichgesinnte gesellt, und ist die Werkstätte nach Einschränkung des Betriebes, vollauf besetzt. Es arbeiten dort zur Zeit fünf Tischler, zwei Drechsler, ein Tischhauer, ein Treppenbauer und zwei ungelernete Maschinenarbeiter. Weitere Unterhandlungen wären wohl unter den jetzigen Verhältnissen zwecklos. Die ausgesperrten Arbeiter sind alle untergebracht und wird die Sperre bis auf Weiteres aufrecht erhalten.

Zu dem Ausstand der Tischler im Waugeschäft von Maack in Kolberg wird uns von dort geschrieben, daß die Kollegen die jetzige günstige Zeit nicht vorbegehen lassen konnten, ohne etwas zur Besserung ihrer Lage unternommen zu haben. Den ganzen Winter über mußten sie es mit ansehen, wie ihnen die Preise gedrückt wurden, immer unter dem Hinweis darauf, daß sie ja auch Winterarbeit hätten. So wurde der Preis auf Kasernentüren, der auf M. 4,60 festgesetzt war, willkürlich auf M. 4 reduziert, nachdem bereits 60 Stück dieser Türen gemacht waren. Mit einer solchen Lohnreduktion konnten die Kollegen nicht einverstanden sein und sie wählten deshalb den einzig möglichen Weg, der ihnen vom Meister offen gelassen war, sie legten die Arbeit nieder. Das Gesicht des Meisters wurde allerdings merklich länger, als die Kollegen so entschieden auftraten, doch wird es noch länger werden, wenn es ihm, was zu wünschen wäre, nicht gelingen wird, Arbeitswillige heranzuziehen und er bewilligen muß. Zugang ist ebenfalls fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Nette Verleumder — die Christen. Vom Gaurborsteher Raith aus München wird uns geschrieben: „Christliche Gewerkschaftsagitator haben wiederholt in Norddeutschland in Versammlungen, u. A. vor kurzem der Freiburger Delegierte Giesler in einer Versammlung in Nibbes bei Rölln, behauptet, der zweite Gaurborsteher unseres oberbayerischen Gaus habe beim letzten Streit in München Streikbrecherdienste geleistet. Diese Behauptung ist eine ganz gemeine, niederträchtige Verleumdung und böllig aus der Luft gegriffen, sie kennzeichnet am besten die von den Christlichen Agitationsmethode. Nachdem Herr Giesler demnachst als Sekretär des christlichen Holzarbeiterverbandes seinen Wohnsitz nach München verlegen wird, werden wir ihm schon Gelegenheit geben, für seine Behauptungen den Beweis zu erbringen. Wir hoffen, daß der Herr nicht aussteift, da wir mit solchen Leuten nicht gerne viele Fagen machen. Wir gratulieren den christlichen süddeutschen Holzarbeitern übrigens zu ihrer neuen agitatorischen Kraft. Auf Wiedersehen in München.“

Der Stoc- und Schirmarbeiterverband zu Berlin hat sich in seiner am 16. Juni stattgefundenen Generalversammlung nunmehr endgültig dem „Deutschen Holzarbeiterverband“ in seiner Verwaltungsstelle Berlin angeschlossen. Die zu dieser Frage vorgenommene Abstimmung, an der sich von 224 stimmberechtigten Mitgliedern 167 beteiligten, hatte das Ergebnis, daß sich 110 für Anschluß an den Holzarbeiterverband, 46 sich für einen Lokalarbeiterverband aussprachen, während ein Stimmzettel unglücklich war; mithin tritt der Stoc- und Schirmarbeiterverband dem Holzarbeiterverband bei, und wird für diese Branche eine Sektion gebildet. Die Anhänger der Lokalisation versuchten in längerer Debatte gegen den Anschluß aufzutreten, doch wurde ihnen von den Kollegen Born, Giesler, Wilsdorf u. A. mit Erfolg entgegengetreten. Es wurde eine Liquidationskommission gewählt, sowie nach Entgegennahme des Berichtes des Obmanns über das verfloffene Geschäftsjahr eine V r a n c h e n kommission, bestehend aus den Kollegen Sichelberger, erster Obmann, Wilsdorf, zweiter Obmann, Küdert, Kassirer, Liebener, Schriftführer, Mübeholz, Tieg, Briffow, Kutcher und Rau als Bezirksführer. Ferner wurde noch beschlossen, die M. 300, welche den Glasarbeitern seinerzeit als Darlehen überwiesen worden waren, nicht zurück zu fordern. Kollege Küdert machte noch bekannt, daß am 13. Juli eine Dampfpartie nach Regensburg stattfindet. Außerdem ersuchte dieser die Kollegen, doch früher zur Zahlstelle zu kommen, dieselbe sei von 5½ bis 8 Uhr geöffnet. Die Adresse des Obmanns Sichelberger ist Berlin SO, Görlitzerstr. 70, Quergebäude II.

Uhrenindustrie und Zolltarif-Entwurf. Auf den Schaden, welcher der deutschen Uhrenindustrie durch Annahme des Zolltarif-Entwurfs erwachsen wird, haben wir schon wiederholt hingewiesen. Dieses Thema erörtert sehr eingehend der Jahresbericht der Schwarzwälder Handelskammer. Die Uhrenindustrie des badischen und württembergischen Schwarzwaldes beschäftigt etwa 10 000 Arbeiter, die Hausindustrie allein etwa 1000. Vielen davon hat erst ihr in der Industrie erworbenener Verdienst die Möglichkeit gegeben, Landwirtschaft zu treiben, aber Alle haben ein erhebliches Interesse daran, auch weiterhin Lohnende Beschäftigung in der Industrie zu finden. Die Gesamtproduktion der deutschen Uhrenindustrie, wovon nur etwa ein Siebentel auf außerhalb des Schwarzwaldes vorhandene Fabriken entfällt, beläuft sich auf 30 bis 32 Millionen Mark. Aber nur etwa der vierte Theil davon findet in Deutschland Absatz; der ganze Rest geht ins Ausland. Und in der That giebt es wohl kaum ein Land auf der Erde, wohin die deutsche Uhrenindustrie nicht, mittelbar oder unmittelbar, ihre Fabrikate ausführt. Als Hauptexportländer kommen in Betracht: in Europa sämtliche Staaten, in ganz besonderer Maße England, Rußland und der Orient; außerhalb Europas: Nord- und Südamerika.

die südafrikanischen Staaten und Australien. Oesterreich und Italien, die früher gute Abnehmer waren, sind heute für unsere Uhrenindustrie, wenigstens für gewisse Sorten Uhren, so gut wie verloren infolge der hohen Zölle, und weil deutsche Fabrikanten Fiktalfabriken dafelbst errichtet haben, die den Bedarf des Landes zum größten Theil decken. Die Thatfache, daß dennoch Uhren aus dem Schwarzwalde dort begehrt werden, ist ein Beweis dafür, daß das deutsche Fabrikat beliebt ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das deutsche Geschäft mit diesen Ländern sich wieder besser gestalten würde, wenn es gelänge, vortheilhaftere Einfuhrbedingungen zu erlangen. In Rußland sind die Einfuhrzölle für die Fabrikate der Uhrenindustrie derartige, daß sie als die äußerste Bedingung bezeichnet werden können, unter welcher der Export dorthin noch einigermaßen lohnend ist. Auch die geringste Verschlechterung hätte zweifellos eine Verschleppung der deutschen Uhrenfabriken nach Rußland in großem Umfange zur Folge. Ebenso oder ähnlich liegen die Verhältnisse in einer Reihe anderer für die Uhrenaufuhr wichtigen Länder.

Aus Australien sind beim Vorstand unseres Verbandes nachfolgende zwei Briefe eingelaufen, welche wir den Kollegen in Deutschland hiermit in getreuer Uebersetzung zur Kenntniß bringen:

Vereinigte Möbeltschlergewerkschaft von Neu-Süd-Wales. Sidney, 14. März 1902.

Herrn Theodor Leipart! Geehrter Herr! Es freut mich, daß ich die Ehre gehabt habe, Ihrem Verbands den ersten offiziellen Brief aus Australien zu senden. Die Anzahl der Briefe, die ich infolge meiner, in Ihrem Verbandsorgan veröffentlichten Warnung vom 9. Dezember 1901* erhalten habe, ist viel zu groß, als daß ich sie einzeln beantworten könnte. Ich ersuche deshalb um Raum in der „Holzarbeiter-Zeitung“, damit ich meinen deutschen Kollegen aus der Möbelbranche ein genaues Bild der eigenthümlichen Verhältnisse in Neu-Süd-Wales geben kann.

Unsere Bevölkerung beträgt 1¼ Millionen. Diese Zahl zeigt schon an, daß es zur Befriedigung der vorliegenden Bedürfnisse nicht vieler Möbeltschler bedarf. In der Möbeltschlerei sind 434 Europäer und 503 Chinesen beschäftigt. Hinzugefügt sei, daß jährlich für rund 30 000 Pfund Möbel importirt werden. In der ganzen Kolonie giebt es nur eine Pianofabrik; der Werth der Pianos, welche aus England, Amerika und dem Kontinent nach Australien eingeführt werden, beträgt jährlich 10 233 Pfund.

Aus den vorstehenden Angaben ergibt sich schon, daß Berufskollegen bei uns nur geringe Aussicht auf Beschäftigung haben. Natürlich setzen wir der Einwanderung von Möbeltschlern keinen Widerstand entgegen. Wohl aber erachte ich es für meine Pflicht, einwanderungslustige Kollegen darauf aufmerksam zu machen, welche Aussichten sich ihnen hier eröffnen. Das erste Bundesparlament existirt seit etwas mehr als einem Jahre und es hat sich unter Anderem auch mit einer Fremden-Einwanderungs-Bill beschäftigt, die zur Annahme gelangte und von welcher ich Ihnen ein Exemplar zusammen mit dem Gesetz, betreffend den vorgeschriebenen Bildungsnachweis, übersende.

Ich möchte noch ganz besonders darauf hinweisen, daß Kontrakte und Abmachungen, welche außerhalb unseres Staates abgeschlossen werden, hier ungültig sind. Wie würde sich also die Lage Jemandes gestalten, der in Deutschland einen Kontrakt unterzeichnet hat, den einzuhalten der Unternehmer sich aber nach der Einwanderung des Mannes weigert?

Als Beweis dafür, daß unsere Gewerkschaft den Ausländern nicht feindlich gegenübersteht, das Folgende. Unser letzter Vorsitzender war ein Däne, der Vertrauensmann und zwei andere Beamte sind Deutsche. Vor etlichen Monaten kamen 80 Deutsche mit ihren Frauen nach Australien. Die Beamten der Zigarrenmachergewerkschaft trafen mit ihnen an Bord des Schiffes zusammen und noch in der nämlichen Nacht traten die Deutschen der Gewerkschaft als Mitglieder bei.

Unser Wunsch geht wie der Ihrige dahin, zu verhindern, daß der Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften überfüllt wird, denn dies würde eine Tendenz zum Sinken der Löhne zeitigen. Ich will mich mit Viktoria (einem anderen australischen Staate) in Verbindung setzen, damit Sie auch über den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse dafelbst genau unterrichtet werden.

Obgleich die hier gezahlten Löhne hoch erscheinen mögen, so sind doch, wenn man die Preise für Wohnungsmiethe, Kleidung und Lebensmittel in Betracht zieht, die Verhältnisse nicht besser als in Deutschland, wie Landsteute von Ihnen berichten. Ich habe Ihre Briefe und sonstigen Zusendungen den Deutschen gezeigt, welche hier in der Möbeltschlerei beschäftigt sind, so daß dieselben Ihnen ebenso gut wie ich schreiben können.

Jede Auskunft über die Möbeltschlerei von Neu-Süd-Wales, die Sie wünschen, werde ich Ihnen mit Vergnügen geben. In Ihrem Bericht des internationalen Sekretärs der Holzarbeiter heißt es, daß Sie bedauern, keine Auskunft aus Australien erhalten zu haben. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich mir ernstlich angelegen sein lassen werde, Ihnen von Zeit zu Zeit zuverlässige Nachrichten zu senden. Mit brüderlichem Gruße von der United Furniture Trade Society of N. S. W. Edgar W. Cutler, Sekretär.

Vereinigte Möbeltschlergewerkschaft von Viktoria. Melbourne, 15. März 1902.

Herrn Leipart! Wie ich erfahren habe, erscheinen in Ihren Zeitungen Annoncen, in denen es heißt, daß in Australien Möbeltschler und Pianofortemacher gebraucht werden. Was die Pianofortemacher anbetrifft, so muß ich Ihnen mittheilen, daß es in ganz Australien nur eine einzige Fabrik giebt, welche nur wenige Leute beschäftigt. Ich halte mich für verpflichtet, Sie von dieser Thatfache in Kenntniß zu setzen, damit Sie Ihre Kollegen warnen und vor trügerischen Hoffnungen bewahren können. Das Geschäft stockt jetzt in ganz Australien, so daß wir schon eine größere Anzahl einheimischer Arbeitsloser haben. Die Arbeiter der

*) Siehe Nr. 5 des laufenden Jahrganges, Seite 42.

ganzen Welt sind miteinander solidarisch verbunden, und deshalb ist es unsere Pflicht, Sie über die wirkliche Lage der Berufsverhältnisse bei uns zu informieren.

In Viktoria sind nicht weniger als 552 Chinesen in der Möbeltschlerei beschäftigt, und annähernd die gleiche Zahl Chinesen arbeitet in Neu-Süd-Wales. Wir können mit denselben nicht konkurriren, da sie in engen Räumen zusammengepfercht arbeiten, essen und schlafen, und sich nur von Reis nähren.

Wir wünschen nicht, werther Kollege, daß unsere deutschen Brüder nach Australien kommen und hier Enttäuschungen erleben. Denn der Kapitalist kümmert sich nicht darum, wie es ihnen geht, wenn sie erst eingewandert sind. Wenn das Geschäft gut ginge, so würden wir alle Einwandernden willkommen heißen; aber was nützt es den Deutschen, nach Australien zu kommen, um hier zu hungern und die Reihen der Arbeitslosen zu vergrößern? Unsere Regierung kann wohl haufenweise Geld austreiben, damit die Boeren in Südafrika bekämpft werden, sie hat jedoch kein Geld für die verhungerten Armen in Australien. Die sozialistische Bewegung gewinnt immer mehr Boden in Australien, und so hoffen wir, daß bessere Zeiten kommen.

Indem ich Sie nochmals bitte, den Zeitungen und den Redaktionen der Kapitalisten keinen Glauben zu schenken, sondern sich wegen genauerer Auskunft, die wir jederzeit mit Vergnügen geben, an uns wenden zu wollen, verbleibe ich

Mit brüderlichem Gruße A. Dabson, Sekretär der United Furniture Trade Society of Victoria.

Gewerkschaftliches.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz fand gelegentlich des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses zwischen der Generalkommission und den ausländischen Delegirten statt. Auf derselben wurde die Schaffung einer internationalen Zentralkstelle, deren Sitz in Deutschland und deren Funktionen der Generalkommission übertragen werden sollen, beschlossen. In jedem Lande soll nur eine Körperschaft als die Vertretung der Gewerkschaften anerkannt werden, für England sei dies die General Federation of Trade Unions.

Zu den hauptsächlichsten Aufgaben dieser Zentralkstelle soll die Regelung der Streitunterstützung von einer Landesorganisation zur andern gehören; die zwischen den Berufsorganisationen der einzelnen Länder bestehenden Verbindungen werden hiervon nicht berührt. Ferner sei eine gleichmäßige Gewerkschaftsstatistik anzustreben und zwar nach dem allseitig anerkannten Muster der deutschen Generalkommission. Die Abhaltung eines internationalen Kongresses fand keine Zustimmung, vielmehr sollen internationale Konferenzen der Landessekretäre stattfinden, die nächste im Anschlusse an den nächstjährigen Kongreß der englischen Federation, deren Kosten Deutschland noch allein tragen wird.

Wirklich christliche Streikbrecher gesucht. In Neumünster befinden sich die Zimmerer im Streik um Eringung besserer Arbeitsbedingungen, wobei auch die Maurer und Bauarbeiter in Mitleidenschaft gezogen sind. Die „Medienburgische Volkszeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Bauunternehmers G. A. Dallmeyer in Neumünster, worin dieser sich — anteiend bei einem Gesilichen — um Zufundung von Arbeitswilligen bemüht. Der genannte Arbeitgeber schreibt:

Anlässlich des Streiks der Zimmerer und des bevorstehenden Streiks der Maurer und Bauarbeiter am hiesigen Ort erlaube ich mir auch an Sie die höfliche und freundliche Bitte zu richten, falls sich in Ihrer Gemeinde etwa Arbeiter der vorgenannten Klassen befinden, auf mein Geschäft aufmerksam zu machen. Eintritt sofort... Außerdem weise ich darauf hin, daß ruhige und wirklich christliche Arbeiter und Gesellen in meinem ziemlich umfangreichen Geschäft stets auf Jahre hinaus Arbeit haben können... Indem ich Ihnen für Ihre freundliche Bemühung bestens danke und des Herrn reichsten Segen wünsche, grüße ich Sie, wenn auch unbekannt. — Auch solche Leute, welche etwa dem Trunke ergeben sind und den aufrichtigen Wunsch haben, gerettet zu werden, können angestellt werden.

Wenigstens scheint der christliche Herr Dallmeyer zu wissen, daß anständige Arbeiter sich nicht zu Streikbrecherdiensten hergeben, deshalb nimmt er auch mit notorischen Trunkenbolden vorlieb und wünscht dem Ueberlebender solcher Elemente noch „des Herrn reichsten Segen“. Zu solchen Hausstreikern kann man dem Arbeitgeber ebenfalls „des Herrn reichsten Segen“ wünschen.

Briefkasten.

* Eine große Anzahl Berichte mußte für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

* Glücksräder liefert Hermann Lässig in Geringswalde, Sachsen.

* Birkenreisigbesen liefern: Ernst Pinkert in Wilsdruff, Bruno Kühn in Schmölln, pro Duzend mit Post geb. M. 2,40.

J. B. in D. Weibst nur sauber, wenn Sie die eingeleigten Figuren mit Papier (kein Druckpapier) bekleben mit starkem Gummileim. Nachdem feuchten Sie das Papier ein wenig an und ziehen es herunter.

Polst Flecke. Zum Grundieren und Auspolieren? Was meinen Sie damit?

Weimar, G. W. Jemand, der nur eine Ahn... von dem Verufe haben, d. h. ihn nicht gründlich erlernen will, vielmehr später ihn mehr als Kaufmann denn als Handwerker zu betreiben gedenkt. 2. Ja. 3. Nein.

St. Andreasberg, F. Auskunft immer erwünscht, vorausgesetzt, daß dieselbe öffentlich verwerthet werden darf.

Leiz G. A. Vielleicht demnachst. Hannover, G. W. Wir ersparen die Häubergeschichte aus Brieg, Schl., wohl besser unseren Lesern, denn wenn sie wahr ist, ist sie doch wohl etwas blamabel für Dich von wegen Deiner Naivetät, mit der Du dem „Schwarzen“ in's Garn gelaufen bist.

Berufsanzeiger.

Barmen. Am Montag, den 7. Juli, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.
Düsseldorf. Dienstag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.
 — Sektion der Modellfchreiner. Samstag, den 6. Juli, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Kölnerstr. 26.
 — Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat bei P. Borgs, Schützenstraße.
Eisenberg. Sonnabend, den 12. Juli.
Siberfeld. Am Montag, den 7. Juli, Abends 9 Uhr, im „Volkshaus“, Hochstr. 84.
Görlitz. Sonnabend, den 12. Juli, im „Belvedere“. T. D.: 1. Protesterhebung gegen einige Beschlüsse des Verbandstages. 2. Geschäftliches.
Halberstadt. Am Sonnabend, den 12. Juli, bei Krankemann, Westendstr. 26.
Köln a. Rh. Sektion der Parkettbodenleger. Sonntag, den 8. Juli, Morgens 10 Uhr, Friesenstr. 53.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Eilenburg. Unsere Herberge befindet sich im „Restaurant zum Tiboli“, Hallestraße. Dasselbst wird auch Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Kollegen wollen nur auf dieser Herberge verkehren.

Hannover. Unsere Herberge, Verkehrslokal und Arbeitsnachweis befinden sich im Gewerkschaftshaus, Kaltenbergstr. 31/32.

Schönlank. Bedollm. Hugo Drechsler, Postenstr. 44. Kassierer Wilhelm Michel, Friedrichstr. 23, 1. Et. Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Mittags von 12—1 und Abends von 6—8 Uhr aus. Die Herberge befindet sich bei Sünge, Bahnhofstraße.

Aufforderung.

Die Kollegen **Albert Kohn**, Buchn. 41 466, und **August Diehl**, Buchn. 69 374, werden ersucht, die aus unserer Bibliothek geliehenen Bücher sofort zurückzuliefern.
 J. A.: G. Dietrichs, Bevollmächtigter, Bremen, Sophienstr. 29, 1. Et.

Wir ersuchen den Kollegen **Aurogowitz**, Buchn. 41 486, seine Adresse an uns einzusenden. Die Ortsverwaltung Hannover.
 J. A.: Karl Haaf, Goseriede 2, 2. Et.

Aufforderung.

Der Stellmacher **Hermann Blacibus** aus Hannover, Buchn. 89 226, hat sich von hier heimlich entfernt. Die Kollegen werden gebeten, uns seinen Aufenthaltsort mitzuteilen, damit wir ihn wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern gerichtlich belangen können.
 Die Ortsverwaltung Deynhansen.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

- Chr. Noller**, Kammmacher, geb. 1. 11. 48 zu Badnang-Murhardt, gest. 24. 6. 02 zu Befungen-Darmstadt.
- Alfred Tafel**, geb. 28. 9. 78, gest. 11. 6. 02 an Gehirnhautentzündung zu Hanflitz. Verm. Ebbtau.
- Julius Meier**, Tischler, geb. 24. 6. 55 zu Lauenstein, gest. 22. 6. 02 an Lungenleiden zu Silberheim.
- Poppe Fischer**, geb. 10. 5. 72 zu Ostermarsch, gest. 26. 6. 02 an Lungenleiden zu Nordau.
- Carl Schlotka**, Drechsler, geb. 23. 5. 63 zu Spremberg, gest. 14. 6. 02 an Halsleiden zu Berlin.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Kollege **K. Heckert**, Breslau, sende Deine Adresse an
H. Heyne, Neu-Ruppin, Ludwigstr. 50.

Kollege **Emil Fidler** aus Oberdorf bei Pirna, sende Deine Adresse u. N. S. 1875 an die Expedition dieser Zeitung.

Für Schreiner!

Ein solider, tüchtiger Schreiner, mit ca. 6—8000 Einlage, wird als Theilhaber von einer leistungsfähigen, mechanischen Bau- und Möbelschreineri in Würtemberg, mit bester Kundenliste, bereits Vergrößerung zu ergreifen gesucht. Offerten u. F. T. 135 an die Expedition d. Blattes.

Suche 6 bis 10 tüchtige Tischler auf dauernde, gut lohnende Arbeit.

H. Harras, Juncarweghansen, Böhlen, am Großbrunnensch. i. Thür.

10 tüchtige Naturholz-Schleifer und Polierer werden per Saison gesucht. Offerten unter **M. Z.** an die Exped. d. Bl. erbeten.



Renomm. Fabrik, A.-G. des Schwarzwaldes für ff. Haus- oder Wägen- u. Küng-Nhren moderner Stilles,
 sucht auf dauernde, gut bezahlte Arbeit
einige gewandte Möbelschreiner
 und
einige erfahrene Möbelpolierer,
 die an saubere, pflanzliche Arbeit gewöhnt sind.
 Offerten sub Chiffre **F. A. 133** an die Exp. dieses Blattes.

Fraiser-Gesuch.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Möbel-Fraiser, erste Kraft. Offerten unter **A. B. Nr. 134** an die Exp. d. Bl.

Ausschneider-Gesuch.

1—2 tüchtige Ausschneider für sofort auf dauernde und gut lohnende Arbeit sucht **Julius Krimmer**, Fabr. f. Möbelschreinerungen, Parthau b. Chemnitz i. S.

Suche per sofort 1 bis 2 tüchtige junge Korbmachergehilfen auf Grün, edlig.
Otto Lubnburg, Blankensfelde, Post Mahlow, nahe Berlin.

Ein junger, tüchtiger Korbmachergehilfe auf Beschlagen und Gestellarbeit sofort gesucht.
Georg Wicht, Eisleben.

Mit nur geringem Kapital

ist einem Tischler Gelegenheit geboten, eine gut eingerichtete, ältere Tischlerei, verbunden mit der Fabrikation eines rentablen, leicht absehbaren Spezialartikels, sofort oder später zu übernehmen. Offerten unter **E. K. 132** an die Geschäftsstelle d. Bl.



Umsonst und franko erhält Jeder meinen Pracht-Katalog mit ca. 3000 Abbild. v. Messern, Scheren, Senen, Waffen, Fernrohren, Gold- und Lederwaren zc. (unentbehrl. für jeden Haushalt). Empfehlung unübertroffene Silberstahl-Nafrmesser mit Stui zu M. 2, desgleichen Diamantstahl M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlm.-Fabrik, Soche-Solingen 18.

Tischlerschule Sternberg (Meckl.)
Architektur-, Zeichner-, Meisterkurse.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Gr. Sachsen-Weimar. Technikum Stadtsulza
— Fachschule für Tischler. — Progr. frel.
Direktor: Gnutzmann.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Echt goldene Ringe.

Damenting mit echtem Caprubin nur M. 2,50 pr. St.
Herrenting mit feurigem Simili nur M. 4.— pr. St.
 Innere Weite angeben mit Papierstreifen um den Finger gemessen. Hauptkatalog mit ca. 2000 Abbildungen über Stahlwaaren, Waffen, Haushaltgeräthe, Lederwaaren, Musikinstrumente zc. umsonst und portofrei.
E. von den Steinen & Cie., Wald b. Solingen 34.
 Stahlwaaren-Fabrik und Versandhaus.

Ia Korbmacherwerkzeuge.

Richard Sundfeld,
Samburg-St. P., Binnaßberg 16/17.

C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.
Bratsch's Politur „Unerreicht“
Bratsch's Eichen-Wachbeizen
Bratsch's weltberühmt. Mattlack
Bratsch's Schellack-Porenfüller
Bratsch's Politur- u. Glanzlacke sind die besten.
 Prämiirt:
 Leipzig und Gewerbeausstell. Berlin.

Anhaltische Bauschule, Zerbst
 Staatsaufsicht. Lehrpläne kostenfrei.
 Abgangszeug. v. Verbands-Deutsch. Baugewerkschaft. anerkt.
 Hochbau-, Steinmetz- u. Tiefbautechniker.
 Direktion: Opderbecke, Prof.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Ellbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserrecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauchen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Benöthigen Sie Rasir-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser und Gabeln, Scheren, Haushalts-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Zigarren- und Zigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwaarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald
bei Solingen Nr. 64.



Katalog mit ca. 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis u. franko.

Gleichzeitig versendet obige Firma, um Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waaren zu überzeugen, ein Silberstahl-Rasirmesser Nr. 30, wie Zeichnung, mit 5jähriger Garantie, fein hohlgeschliffen, mit Stuis, fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franko. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist einzubringen oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Bei einem großen Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von **Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg**, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.